
SELBSTBESTIMMT LERNEN, SELBSTBESTIMMT LEBEN.

Bildung für das 21. Jahrhundert

Abschlussbericht der Kommission
„Zukunft der Bildung“ der GRÜNEN NRW



INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS.....	1
VORWORT.....	2
TEIL I – RÜCKBLICK AUF DIE SCHUL- UND BILDUNGSPOLITIK UNTER GRÜNER REGIERUNGSBETEILIGUNG.....	5
TEIL II – HERAUSFORDERUNGEN EINER BILDUNGSPOLITIK DER ZUKUNFT.....	7
TEIL III – WERTE UND ZIELE GRÜNER BILDUNGSPOLITIK.....	9
TEIL IV - MASSNAHMEN UND WEGE.....	12
Wir wollen kindgerechte Bildung von Anfang an.....	12
Wir sagen Bildungsbenachteiligung den Kampf an.....	14
Wir wollen selbstbestimmte Schulen.....	16
Wir wollen Schule fürs 21. Jahrhundert neu denken.....	17
Wir setzen Grundlagen: mit Informatik - und technischer Ausstattung.....	20
Wir wollen ein Recht auf einen hochwertigen Ganzttag.....	21
Wir wollen Schulen, an denen alle Kinder willkommen sind.....	23
Wir wollen inklusive Schulen, in denen Kinder aufblühen und ihre Potenziale entfalten...25	
Wir wollen demokratische Schulen für eine starke und wehrhafte Demokratie.....	29
Wir wollen die Grundschulen stärken.....	31
Wir wollen Zuständigkeiten und Finanzierung effektiv regeln.....	32
Wir wollen bessere Übergänge zwischen den Bildungsphasen.....	33
Wir wollen eine starke berufliche Bildung.....	34
Wir wollen bessere, kontinuierliche und professionelle Aus- und Fortbildung von Lehrer*innen.....	36
Wir wollen innovative und starke Hochschulen.....	37
Wir wollen die Weiterbildung als vierte gleichberechtigte Säule des Bildungssystems ausbauen und stärken.....	41

VORWORT

Bildung ist ein Schlüssel dazu, dass alle Menschen in einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen Welt leben können. Seit unserer Gründung vor 40 Jahren kämpfen wir GRÜNE für ein gerechtes Bildungssystem mit realen Chancen für alle. Die Stabilität einer Demokratie hängt entscheidend von der Qualität ihres Bildungssystems ab. Unsere Kinder sollen ein erfülltes Leben in einer sicheren und gesunden Umwelt führen. Auf dem Weg zu einem gerechten und zukunftsfähigen Bildungssystem haben wir Erfolge erzielt, aber auch Fehler gemacht. Weil uns die Zukunftsperspektiven der Kinder, aber auch die unserer Gesellschaft im Ganzen ein Herzensanliegen sind, haben wir weder Mut noch Ehrgeiz verloren. Und wir sind mit unseren Bemühungen noch lange nicht am Ziel.

Dieses Dokument ist der Abschlussbericht der vom Landesvorstand eingesetzten Kommission „Zukunft der Bildung“, die von der Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN NRW im Juni 2018 damit beauftragt wurde, ein umfassendes Konzept zur Grünen Bildungspolitik der Zukunft zu erarbeiten. In der Begründung des Einsetzungsbeschlusses ist der politische Rahmen unserer Arbeit vorgegeben: „Um uns GRÜNE im Bildungsbereich zukünftig weiterhin stark zu positionieren und die Partei geschlossen aufzustellen, ist es nötig, dass wir Erfolge und Fehler der letzten Jahre Grüner Bildungspolitik selbstkritisch analysieren. Vor allem aber wollen wir neue Konzepte für eine zukunftsfähige Bildung erarbeiten, die Schüler*innen ermutigt und sie befähigt, unsere Demokratie und Gesellschaft zu gestalten. Es geht uns um eine Bildung, die den Herausforderungen und Veränderungen unserer Zeit gerecht wird und Menschen umfassend auf das Leben in einer sich verändernden Gesellschaft vorbereitet.“

Mit diesem Abschlussbericht versuchen wir, in analytischer Rückschau die richtigen Schlüsse aus den Erfolgen Grüner Bildungspolitik zu ziehen und für die Zukunft aus dem zu lernen, was sich als falscher Pfad oder noch unausgereifte Herangehensweise herausgestellt hat. Wir wollen hiermit den Grundstein für eine neue Grüne Bildungspolitik in NRW legen, die Vertrauen zurückgewinnt und gleichzeitig umfassende Antworten auf offene Fragen und neue Herausforderungen gibt. Wir wollen Lösungen erarbeiten, die mutig und realistisch sind, um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

Dieser Bericht ist in vier Teile gegliedert. Zunächst nehmen wir eine differenzierte Analyse der Schul- und Bildungspolitik unter Grüner Regierungsbeteiligung vor. Im zweiten Teil skizzieren wir die bildungspolitischen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft heute und zukünftig steht. In einem dritten Teil definieren wir unser Bildungsverständnis und die Ziele und Werte einer spezifisch Grünen Bildungspolitik, bevor wir schließlich Vorschläge für Wege und Maßnahmen machen, um die formulierten Ziele zu erreichen.

Der Abschlussbericht der Kommission ist eine Empfehlung an den Landesvorstand sowie die Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN in NRW und damit die Grundlage für einen demokratisch zu fassenden Beschluss, der die Grundsätze Grüner Bildungspolitik festlegen, aber weder das nächste Wahlprogramm vorwegnehmen, noch eine Positionierung zu tagesaktuellen Themen darstellen soll. Er ist das Ergebnis zahlreicher Sitzungen, an denen neben 13 ständigen Mitgliedern der Kommission eine große Zahl weiterer Grün-interner sowie externer Expert*innen aus Forschung und Praxis teilgenommen haben. Begleitet wurde die Arbeit nicht nur von den fachlich zuständigen Landesarbeitsgemeinschaften, sondern auch durch Fach- und Verbändegespräche, regionale Veranstaltungen und nicht zuletzt auch durch Praxiseinblicke in Schulen und andere Bildungseinrichtungen.

Die Arbeit war getragen von einem umfassenden Verständnis von Bildung. Deshalb finden sich in diesem Bericht essentielle Ideen für die gesamte Bildungskette, von der frühkindlichen bis hin zur beruflichen, der Weiter- und der Erwachsenenbildung. Der Fokus liegt jedoch, nicht zuletzt der Zuspitzung der öffentlichen Debatte geschuldet, auf der Schulpolitik. Insofern bitten wir darum, dieses Dokument als Einladung zum Weiterdenken und Weiterarbeiten zu verstehen.

Mit Abschluss der Arbeit der Bildungskommission startet nun der Prozess der Erarbeitung konkreter, auch parlamentarischer Initiativen. An einigen Stellen werden auf dem Weg zum nächsten Wahlprogramm Nachschärfungen notwendig sein, an anderen vor allem die Arbeit an Bündnissen für gesellschaftliche und politische Mehrheiten. Wir wollen gesellschaftliche Bündnisse für ein gerechtes, nachhaltiges und zukunftsfähiges Bildungssystem erneuern und dazu einladen, gemeinsam neue Wege zu beschreiten.

Ich danke allen, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben, insbesondere den Kommissionsmitgliedern.



Felix Banaszak
Vorsitzender der GRÜNEN NRW

April 2019

DIE MITGLIEDER DER KOMMISSION

Felix Banaszak (Leitung)

Vorsitzender der GRÜNEN NRW

Tim Achtermeyer

Vorsitzender des Schulausschuss der Bundesstadt Bonn

Sigrid Beer MdL

Sprecherin für Bildung, Petitionen und Religionspolitik

Matthi Bolte-Richter MdL

Sprecher für Wissenschaft, Innovation, Digitalisierung und Datenschutz

Rainer Dahlhaus

Mitglied im Vorstand des GGG NRW, Verbands für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Melanie Grabowy

Sprecherin der LAG Schule und Bildung der GRÜNEN NRW, Schulleiterin der Gesamtschule Windeck

Richard Heinen

Projektleiter Bildung im digitalen Wandel bei der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft

Eva Malecha-Konietz

Sprecherin der LAG Hochschulpolitik der GRÜNEN NRW

Josefine Paul MdL

Sprecherin für Sprecherin für Kinder-, Jugend-, und Familienpolitik

Karin Schmitt-Promny

Sprecherin der LAG Kinder, Jugend und Familie der GRÜNEN NRW,

Daniela Schneckenburger

Beigeordnete für Schule, Jugend und Familie der Stadt Dortmund

Verena Verspohl

Sprecherin der LAG Schule und Bildung der GRÜNEN NRW, Mitglied im Vorstand der GRÜNEN NRW

Prof. Dr. Susanne Thurn

ehemalige Leiterin der Laborschule Bielefeld, Universität Bielefeld

TEIL I – RÜCKBLICK AUF DIE SCHUL- UND BILDUNGSPOLITIK UNTER GRÜNER REGIERUNGSBETEILIGUNG

Bevor wir aus Sicht der Kommission Maßnahmen und Wege aufzeigen, mit denen wir zukünftig die Herausforderungen für eine nachhaltige und gerechte Bildungspolitik angehen wollen, werfen wir einen analytischen Blick auf die Schul- und Bildungspolitik unter Grüner Regierungsbeteiligung in den Jahren 2010 bis 2017. Wir haben dazu systematisch Rückmeldungen im Nachgang der Landtagswahl ausgewertet und diskutiert, um Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

Die Grüne Schul- und Bildungspolitik war ambitioniert, fortschrittlich und in der Zielsetzung richtig. Jedoch hat sie durch die Vielzahl der initiierten Prozesse einen Zustand von Überforderung und Überlastung bewirkt oder zumindest nicht ausreichend abwenden können. Das lag auch an äußeren Entwicklungen, auf die das Bildungssystem nicht ausreichend vorbereitet war oder sein konnte. Hinzu kam zu Teilen eine unzureichende oder fehlerhafte Steuerung. Dies hat die Akzeptanz Grüner Bildungspolitik und die Unterstützung ihrer Kernanliegen in erheblichem Maße geschmälert.

Nach der auch nach innen in die Schulverwaltung und die Schulen hinein als enorm restriktiv und restaurativ erlebten schulpolitischen Engführung unter Schwarz-Gelb in den Jahren von 2005 bis 2010 konnten wir mit der rot-grünen Regierungsübernahme zunächst eine Aufbruchstimmung im Bildungsbereich auslösen. Wir haben als GRÜNE die verbindlichen Grundschulempfehlungen abgeschafft, die Drittelparität in der Schulkonferenz wiederhergestellt, das Vorziehen des Einschulungsalters gestoppt und vor allem auch die heftig umstrittenen Kopfnoten abgeschafft und damit in emotional besetzten Themen Reformen direkt auf den Weg gebracht. Richtig war auch die Umsetzung des Versprechens, trotz sinkender Schülerzahlen keine Lehrerstellen abzubauen. Ohne diesen Schritt wäre der Lehrkräftemangel heute noch virulenter. Wir haben Demokratiepädagogik, kulturelle Bildung und Erinnerungskultur sowie ganzheitliches Lernen einschließlich Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Verbraucherbildung gestärkt. Mit mehr Schulsozialarbeit, mehr Schulpsychologie und dem Ausbau der kommunalen Integrationszentren haben wir den Einsatz multiprofessioneller Teams vorangebracht. Die Einführung des islamischen Religionsunterrichts – in deutscher Sprache, mit in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften – war bei allen Schwierigkeiten in der Umsetzung im Beiratsmodell ein zentraler Beitrag zur Anerkennung religiöser Vielfalt in unseren Schulen.

Die Einrichtung der Bildungskonferenz war Ausdruck einer nie dagewesenen Beteiligungskultur und hat auch Rückenwind gegeben für andere überfällige Prozesse wie etwa den Ausbau des Ganztags oder die Stärkung der regionalen Bildungsnetzwerke und der Schulleitungen. Wir konnten mit dem Schulkonsens den Reformstau aufbrechen und damit so viele Neugründungen von Schulen des längeren gemeinsamen Lernens ermöglichen, wie nie zuvor. In der Folge fehlte jedoch die strategische Steuerung, etwa hinsichtlich der Rolle der Sekundarschule im Verhältnis zur Gesamtschule oder aber auch der Ressourcensteuerung insgesamt. So waren wir in der Regierung durch den Schulkonsens gebunden, alle Schulformen gleich zu behandeln – und sind der Ungleichheit in den Ausgangsbedingungen dadurch nicht ausreichend gerecht geworden. Die integrierten Schulformen standen so vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklungen besonders unter Druck.

Der partizipative Ansatz des Schulkonsenses, der Bildungskonferenz sowie des Runden Tisches G8/G9 war zunächst ein Erfolgsfaktor der Bildungspolitik unter Rot-Grün. In der Folge band er jedoch die Regierungsparteien stärker an Kompromisslinien, während sich die damaligen Oppositionsparteien zunehmend davon lösten und konfrontativ agierten. Anfangs als Beteiligungsinstrumente gelobt, wurden die Formate im Laufe der Zeit stärker als Verschiebehöfe von Entscheidungen wahrgenommen. Eine eigenständige Grüne Position wurde zunehmend undeutlich. Dadurch, und wegen der Unklarheit der Entwicklungsperspektive des vielgliedrigen Schulsystems, entstand stellenweise der Eindruck, bildungspolitische Zielsetzungen seien aufgegeben oder zumindest relativiert, verwaschen und damit unwirksam geworden.

So gerieten wir als Partei beispielsweise in die Rolle, ein von der schwarz-gelben Vorgängerregierung geerbtes, von uns in der Form nicht gewolltes und als belastend erlebtes Schulsetting („Turbo-Abi“ nach G8) zu verteidigen. Das Grüne Konzept der individuellen Lernzeiten kam zu spät und blieb reaktiv. In den Befragungen ist dies als Irritation über Entscheidungen, die als politisch falsche Weichenstellung gesehen werden, zu beobachten.

Mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Beschulung im Regelschulbereich hat die Grüne Schulpolitik im Bereich der Inklusion einen großen Fortschritt errungen, auf den wir stolz sind. Deshalb wenden wir uns entschieden gegen Bemühungen, diesen Weg rückabzuwickeln. Aber wir sehen, dass es bei der Umsetzung, Steuerung und Begleitung Fehler gab und die bisherigen Reformbemühungen in ihrem praktischen Resultat quantitativ, aber auch qualitativ noch nicht befriedigend sind. Bisher wurden die Bedingungen – hinsichtlich der räumlichen, finanziellen und personellen Ressourcen, aber auch in Bezug auf Unterstützungssysteme für inklusive Schulentwicklung in einem segregierenden Schulsystem – vielerorts nicht ausreichend geschaffen, um nachhaltig qualitativ hochwertige und damit auch eine für alle gewinnbringende, inklusive Beschulung zu ermöglichen. Auch Nachsteuerungen konnten nicht

oder nicht rechtzeitig ihre Wirkung entfalten. Lehrkräfte hatten zum Teil den Eindruck, dass die Anforderungen im notwendigen Veränderungsprozess nicht genügend wahrgenommen wurden. Dadurch wurde vielen Menschen in den Schulen zu viel abverlangt und zugelassen, dass sich auch Unterstützer*innen des gemeinsamen Lernens enttäuscht von dieser Politik abwandten. Dadurch haben wir viel Vertrauen verloren. Mit dem Prozess der Bildungskommission und den Maßnahmen, die wir im Folgenden skizzieren, streben wir an, dieses Vertrauen zurückzugewinnen.

TEIL II – HERAUSFORDERUNGEN EINER BILDUNGSPOLITIK DER ZUKUNFT

Bildung hat immer die Aufgabe, Menschen ein freies, erfolgreiches und erfülltes, sicheres und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und sie zur gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen. An diesem Bildungsauftrag, den alle Bildungseinrichtungen von der frühkindlichen Bildung, über die Schule bis hin zur Weiterbildung, aber auch Orte außerschulischen Lernens immer schon hatten, ändert sich auch im 21. Jahrhundert nichts. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen dies erfolgt, haben sich aber sehr wohl geändert. Neben Tendenzen gesellschaftlicher Spaltung sind wir vor allem mit drei Entwicklungen konfrontiert, die eine grundlegend andere Gestaltung von Bildungsprozessen erforderlich machen: die Klimakrise, die digitale Transformation und die Globalisierung. Die von Bund und Ländern bereits verabschiedeten globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) sowie die im 2030-Rahmen für individuelles und kollektives Wohlbefinden der OECD definierten Herausforderungen bieten den Orientierungsrahmen für eine nachhaltige, zukunftsfähige Bildungspolitik.

In Bezug auf Bildungsgerechtigkeit steht unser Bildungssystem heute vor anderen Herausforderungen als zu Zeiten der Bildungsexpansion in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Rahmenbedingungen, in denen Bildung stattfindet, haben sich massiv verändert und verändern sich weiter. Dies hat seinen Ursprung in veränderten Familienstrukturen, den Auswirkungen der Globalisierung und globaler Migration, in der Beschleunigung technologischer Prozesse und in zunehmenden Individualisierungsprozessen. Bildung in einer Migrationsgesellschaft erfordert neue Perspektiven und Zugänge, die die Potenziale und Bedarfe aller Kinder in den Blick nehmen. Ansätze zur Bekämpfung von Bildungsarmut und Bildungsbenachteiligung entfalten nicht oder nicht mehr ausreichend Wirkung. Die Spaltung der Gesellschaft droht sich weiter zu vertiefen und reproduziert sich im Bildungssystem; viele Kinder erleben gesellschaftliche Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit. Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind jedoch Grundbedingungen für ein

funktionierendes demokratisches Gemeinwesen. Der Bildungspolitik kommt deshalb eine immense Verantwortung für den Erhalt der liberalen Demokratie zu.

Der Erwartungsdruck auf das Bildungssystem ist vor dem Hintergrund der beschriebenen sozialen, ökonomischen, ökologischen und technologischen Entwicklungen in unserer Gesellschaft gewachsen. Ebenso sind die Herausforderungen vielfältiger geworden, ohne dass die Ressourcen zu ihrer Bewältigung im gleichen Maße angewachsen sind. Unser Bildungssystem ist im Ganzen unterfinanziert. Die Kommunen stehen nicht selten am Rande ihrer finanziellen Möglichkeiten, sodass die öffentliche Daseinsvorsorge auch im Bildungsbereich in Bedrängnis gerät. Der Lehrkräftemangel wird die Schulen absehbar noch einige Jahre belasten, wodurch positive Entwicklungen konterkariert werden können.

Nicht alle Schulen in Nordrhein-Westfalen stehen vor denselben Fragestellungen. Die Anforderungen an Schulen sind so vielfältig wie die Sozialräume, in denen sie angesiedelt sind. Wir erleben eine Konzentration von Anforderungen in herausfordernden Sozialräumen und Bildungseinrichtungen, die unter der Last dieser Anforderungen zu zerbrechen drohen. Darauf muss Bildungspolitik im Interesse aller klug und entschlossen reagieren.

Die Digitalisierung verändert schon heute massiv die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten. Sie fordert anderes Wissen, vor allem aber auch andere Kompetenzen, damit jede*r Einzelne damit umgehen und wir als Gesellschaft insgesamt weiter erfolgreich handeln und gut miteinander leben können. Schule muss junge Menschen auf eine Welt vorbereiten, die von disruptiven Entwicklungen geprägt ist und sein wird. Die Klimakrise und die von ihr ausgehenden Bedrohungen sowie die Folge der Globalisierung und das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft erfordern klare Werte und Haltungen.

Um den beschriebenen Herausforderungen zu begegnen, braucht es eine Transformation des Bildungssystems, sodass jedes einzelne Kind bestmöglich gefördert wird und seine Potenziale entfalten kann.

TEIL III – WERTE UND ZIELE GRÜNER BILDUNGSPOLITIK

Wir wollen einen tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Diskurs über Bildungsziele, -inhalte und -settings anregen. Dazu gehört eine Bestimmung der Bedeutung von Bildung und Bildungserfolg für ein selbstbestimmtes Leben in einer sich schnell verändernden Welt. Ganz besondere Beachtung verlangen die Bildungschancen und -anforderungen in unserer immer digitaler werdenden Lebenswelt, aber auch die Anforderungen an Bildungsgerechtigkeit in einer sich zunehmend spaltenden Gesellschaft. Deshalb setzen wir eine Definition dessen, was wir für die passenden und erstrebenswerten Bildungsziele und -ideale halten, an den Anfang unserer Überlegungen. Wir machen auch Vorschläge, wie auf der einen Seite eine Steuerung innerhalb des Bildungssystems aussehen kann, wie wir auf der anderen Seite Schulen und anderen Institutionen aber auch möglichst viel Gestaltungsspielraum geben können. Denn sie müssen auf besondere Bedürfnisse reagieren können.

Wir arbeiten dabei auf Grundlage eines umfassenden Verständnisses von Bildung und lebensbegleitendem Lernen. Bildung ist ein zentrales Element auf dem Weg zu einer gerechten Gesellschaft. Bildung bedeutet für uns, Bedingungen zu bieten, die eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung ermöglichen und über eine bloße Vorbereitung auf das Berufsleben hinaus geht. „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit.“ Dieser erste Satz unseres Grundsatzprogramms beschreibt auch die Leitlinie unserer Bildungspolitik. Wir denken Bildungspolitik deshalb vom Menschen aus und fragen, was sie brauchen, um in der Welt von Morgen und Übermorgen ein erfülltes und verantwortungsbewusstes Leben führen zu können.

Wir bekennen uns zum UNESCO-Weltaktionsprogramm der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und den Zielen, die die Vereinten Nationen im Jahr 2015 als Ziele nachhaltiger Entwicklung für die gesamte Staatengemeinschaft verabschiedet haben (17 Sustainable Development Goals, SDGs). Wir streben in diesem Sinne eine inklusive, gerechte und hochwertige Bildung für alle an, die Kultur und Naturerbe zu erhalten befähigt, Vielfalt und Nachhaltigkeit fördert sowie Wissen schafft, verbreitet und teilt.

Wir folgen einem ganzheitlichen Bildungsbegriff. Deshalb geht es uns nicht nur um Bildungsinhalte, sondern auch darum, wie gelernt wird und wie die Lernumgebungen für die Bildung im 21. Jahrhundert gestaltet sein müssen. Wir wollen eine Bildung, die den Erwerb von Haltungen und Werten fördert und im Verbund mit fachlichem Wissen dazu befähigt, eine nachhaltigere und friedlichere Zukunft zu gestalten. Die wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimension der nachhaltigen Entwicklung und die Armutsbekämpfung sind damit

in einer Agenda zusammengeführt. Die Nachhaltigkeitsziele sollen bis 2030 global und von allen UNO-Mitgliedstaaten erreicht werden.

Mit der BNE wollen wir Dialogfähigkeit und Orientierungswissen, kreatives und kritisches Denken sowie ein ganzheitliches Lernen entwickeln und fördern. Auch der Blick auf kulturelle Werte und religiöse Bildung gehören zur BNE. Wir wollen allen Zugang zu einer Bildung schaffen, die befähigt, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen, mit Unsicherheiten und Widersprüchen umzugehen, Probleme zu lösen und an der Gestaltung einer demokratischen und kulturell vielfältigen Gesellschaft mitzuwirken. Wir wollen diesen ganzheitlichen Ansatz des Weltaktionsprogramms in NRW weiter umsetzen und fördern, um die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen.

Wir wollen eine Bildung, die im Sinne einer umfassenden Persönlichkeitsbildung Menschen, vor allem Kindern, Geborgenheit, Selbstvertrauen und Sicherheit gibt - gerade auch im Umgang mit Unbekanntem. Wir wollen den Paradigmenwechsel von der derzeit noch weit verbreiteten Defizit- hin zu einer Potenzialorientierung und von der „Begabtenförderung“ zur Begabungsförderung schaffen, damit die Talente und Stärken jedes Menschen sich entfalten können. Bildung muss die Freude am Lernen, die jedes Kind empfindet, erhalten und fördern. Unser Verständnis von Leistung ist: Jedes Kind wird nach seinen individuellen Stärken gefordert und gefördert, wodurch es in einem anregenden und geschützten Rahmen sich entfalten und Leistung erbringen kann und soll.

Wir wollen eine Bildungspolitik, die nach Bildungsgerechtigkeit strebt und Bildungsarmut und -benachteiligung entschlossen bekämpft. Gute Bildungspolitik muss deshalb Ungleiches ungleich behandeln, das heißt, den größten Herausforderungen auch mit der größten Unterstützung begegnen. Sie muss die (frühzeitige) Selektion verhindern und die sozialräumliche Spaltung in den Blick nehmen. Bildungspolitik ist in Verbindung mit Sozialpolitik immer auch emanzipatorisch und kompensatorisch.

Wir wollen eine Bildungspolitik, die inklusiv ist und alle Menschen in ihrem So-Sein annimmt. Wir wollen eine Bildung, die die Verschiedenheit von Menschen und ihren Lebensrealitäten als Chance für gemeinsames Leben, Lernen und Arbeiten begreift.

Wir wollen eine Bildungspolitik, die einen selbstbestimmten Umgang mit den durch Digitalisierung, Automatisierung und künstliche Intelligenz ausgelösten Transformationsprozesse ermöglicht. Dies bedeutet eine grundlegende Transformation des Bildungssystems unter den Bedingungen der Digitalität. Wir wollen eine Politik für Bildung im digitalen Wandel, die Menschen auf ein selbstbestimmtes, gestaltendes Leben und Arbeiten in einer digitalisierten Welt vorbereitet und die, über die Förderung von berufsrelevanten

Kompetenzen hinaus, zu einer aktiven eigenen Lebensgestaltung und gesellschaftlicher Teilhabe befähigt.

Wir wollen eine Bildung, die sich nicht auf die Vermittlung reproduzierbaren Faktenwissens beschränkt. Erst im Zusammenspiel von Fachwissen, überfachliche Kompetenzen, Fertigkeiten und Fähigkeiten sowie Werten, Einstellungen und Haltungen werden Kinder und Jugendliche handlungs- und gestaltungsfähig. Dementsprechend sollten die Curricula aufgebaut sein.

Wir wollen eine Bildung, die unsere Demokratie stärkt und die Angriffe auf unsere demokratischen Institutionen abwehrt. Das schafft sie, indem sie demokratisches Handeln fördert, ihre Institutionen selbst demokratisch organisiert, eine Kultur wechselseitigen Feedbacks etabliert und Menschen Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und Verantwortungsübernahme ermöglicht.

Wir wollen eine Bildung, die allen Lernenden und Lehrenden Zeit für sinnstiftende Interaktion und Beziehungsarbeit bietet und eine konstruktive Lernbegleitung stärkt. Eine solche Kultur ist aber nicht nur zwischen Lernenden und Lehrenden wichtig, sondern sollte umfassend stattfinden – auch und erst Recht innerhalb der Kollegien.

TEIL IV - MASSNAHMEN UND WEGE

Bildung ist für uns weitaus mehr als Schule. Um diesem ganzheitlichen Bildungsverständnis Rechnung zu tragen, machen wir hier Vorschläge für die einzelnen Bildungsinstitutionen von der KiTa bis zur Hochschule und Weiterbildung, nehmen aber auch Ansätze zur stärkeren Bildungsplanung für den Sozialraum sowie die Gelingensbedingungen für erfolgreiche Verknüpfung von Bildungsphasen in den Blick. Bei allen Maßnahmen, die wir aufzeigen, bemühen wir uns um eine Kooperation im laufenden System, die Elternarbeit, Bewegungsförderung, Vernetzung des pädagogischen Personals mit kulturellen oder anderen Initiativen im Quartier, gemeinsame Projekte und vieles mehr einschließt.

Wir wollen kindgerechte Bildung von Anfang an

Jedes Kind bringt schon von Geburt an Selbstbildungspotenzial mit sich. Es befindet sich in aktiver Auseinandersetzung mit seiner Umwelt, Tag für Tag eignet es sich seine Welt an. Dabei wird das Kind von Erwachsenen unterstützt, zunächst in der Familie, die es sehr prägt, und in der Folge in Kindertagesstätten oder der Tagespflege. Bildungsprozesse entwickeln sich früh auf der Grundlage dieses Selbstbildungspotenzials in interaktiven Beziehungen und Situationen, zunehmend erfahren Kinder sich im sozialen Miteinander mit Erwachsenen und Kindern.

Zu keiner Zeit des Lebens lernt der Mensch so schnell, leicht und selbstbestimmt wie in diesen ersten Jahren. Uns ist wichtig, dass Eltern und Erzieher*innen die Kinder sensibel begleiten und diese frühkindlichen Selbstbildungsprozesse wertschätzen. Darauf sollte auch die pädagogische Konzeption der Elementarbildung aufbauen.

Bildung muss von Beginn an für alle gebührenfrei sein, denn frühkindliche Bildung ist ein entscheidender Schlüssel zu Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit. Sie ist aktive Bildungspolitik für gerechte Chancen: Je früher ein Kind Zugangschancen zu Bildung erhält, desto weniger wirkt der Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg. Bereits in diesem Alter werden auch die Grundlagen für ein lebensbegleitendes Lernen gelegt. Dabei folgt die frühkindliche Bildung dem Dreiklang aus Bildung, Betreuung und Erziehung.

Kindertageseinrichtungen spielen also eine wichtige Rolle bei der Persönlichkeitsentwicklung und legen den Grundstein für eine gelingende Bildungsbiographie. Als ein Lern- und Erfahrungsort von Kindern unterstützen sie auch das gesunde Aufwachsen. Neben Bildung, Betreuung und Erziehung ist daher Gesundheitsförderung die vierte Säule frühkindlicher Bildung. Die motorische Entwicklung spielt eine entscheidende Rolle in der ganzheitlichen

Entwicklung von Kindern; gesunde Ernährung ist genauso wichtig wie integrierte Bewegungsförderung. Allen Kindern soll in der Kita gesundes Essen angeboten werden. Dazu wollen wir verbindliche Qualitätsstandards für das Essen in Kitas einführen, aber auch Grundkenntnisse gesunder Ernährung und Lebensmittelkunde kindgerecht vermitteln.

Kinder sind Expert*innen in eigener Sache und müssen in ihren Erfahrungen und Empfindungen und ihrer Sicht auf ihre Lebenswelten ernst genommen werden. In der Kita sollen Grundwerte des gesellschaftlichen Zusammenlebens in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft für Kinder erfahrbar werden. Insbesondere wollen wir Kinder in ihrer Selbstwirksamkeitserfahrung stärken. Gesellschaftliche Teilhabe als Leitziel frühkindlicher Bildung wird dort gestärkt, wo Kinder mitbestimmen können und sich in ihrer Vielfältigkeit angenommen fühlen. Dazu zählt auch die Wertschätzung von Mehrsprachigkeit als Ressource und Kompetenz.

Neben Grundwerten und Fähigkeiten lernen Kinder in der Kita vor allem, dass sie gestalten können und dass ihre Handlungen Auswirkungen auf andere und ihre Umgebung haben. Dieser Gedanke wird in den Grundsätzen der "Bildung für nachhaltige Entwicklung" (BNE) aufgegriffen. Wir wollen Nachhaltigkeit in einem umfassenden Sinne noch stärker in den Bildungsprozessen auf allen Ebenen verankern.

Im Sinne eines umfassenden Bildungs- und Erfahrungsverständnisses wollen wir auch die kulturelle Bildung in Kindertageseinrichtungen stärken, denn sie befähigt Kinder, Kunst und Kultur von Grund auf kennen und verstehen zu lernen, zu gestalten und aktiv am kulturellen Leben teilzuhaben. Wir wollen, dass jedes Kita-Kind mindestens einmal im Jahr Kultureinrichtungen und Angebote der städtischen Bibliotheken wahrnehmen kann. Dies fördert auch die Partnerschaften zwischen Kindertageseinrichtungen und Kulturpartnern vor Ort.

Als erste Orte institutionalisierter Bildung kommt Kitas bei der Umsetzung inklusiver Bildungsprozesse große Bedeutung zu. Wir sehen in einer kinderzentrierten Pädagogik, die die Unterschiedlichkeit einer Gruppe voraussetzt und alle Kinder in ihren unterschiedlichen Potenzialen wahrnimmt, einen zentralen Schlüssel für gelingende inklusive Entwicklung. Wir wollen aber auch die strukturellen Voraussetzungen schaffen und ausbauen. Neben pädagogischen Fachkräften und pädagogischen Konzepten wollen wir auch therapeutische Ansätze und Personal in den Einrichtungen verankern und bei der Finanzierung berücksichtigen. Inklusion mit dem Ziel, die Teilhabe aller Kinder an gelingenden Bildungsprozessen zu ermöglichen, braucht ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen.

Qualitativ gute frühkindliche Bildung braucht gut qualifizierte Fachkräfte und gute Arbeitsbedingungen. Das pädagogische Fachpersonal braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Wir wollen deshalb verbindliche Fachkraft-Kind-Schlüssel gesetzlich verankern, die zwischen unmittelbarer und mittelbarer pädagogischer Arbeit differenzieren und Fehlzeiten durch Urlaub, Krankheit oder Fortbildung abbilden. Teamgespräche, Vor- und Nachbereitung sowie die Dokumentation von Bildungsprozessen sollen in die Personalbemessung mit eingerechnet werden. Bildet man diese Erfordernisse realistisch ab, so muss dafür etwa ein Viertel der Arbeitszeit gerechnet werden. Die verbleibende pädagogische Praxiszeit gehört dann allein den Kindern.

Wir wollen die Anerkennung der frühkindlichen Bildung erhöhen und für eine bessere Bezahlung der Beschäftigten sorgen. Zudem wollen wir die Anstrengungen zur Fachkräftegewinnung steigern und neben der bisherigen Form der Fachschulausbildung Zugänge wie die praxisintegrierte Ausbildung oder Möglichkeiten zum Seiteneinstieg in die frühkindliche Bildung in den Blick nehmen.

Der Kita als eine Art Drehkreuz kann eine zentrale Rolle bei der Verzahnung unterschiedlicher Akteure im Sozialraum zukommen. Wir wollen Familienzentren, die Eltern den Zugang zu niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten erleichtern und verschiedene Akteure in die Kita holen und präventive Netzwerke im Stadtteil stärken. Mit einem koordinierten Übergangsmanagement zwischen Kita und Grundschule und einer engen Kooperation wollen wir den Übergang an der „ersten Schwelle“ im Bildungssystem für Kinder positiv gestalten und die spezifischen Bildungsansätze der jeweiligen Einrichtungen verzahnen.

Neben den Kitas kommt auch den Familienbildungsstätten eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Familien zu. Ziel der Familienbildung ist es, allen Familien ein gutes Leben und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Mit ihren vielfältigen, wohnortnahen, kostengünstigen und niedrigschwelligen Angeboten stärken sie die Kompetenzen von Familien und holen die Familien dort ab, wo sie sich gerade befinden – sowohl im räumlichen Sinn, als auch, was ihre Bedarfe angeht.

Wir sagen Bildungsbenachteiligung den Kampf an

Bildungsorte müssen eine Antwort geben auf die konkreten Lebens- und Lernbedingungen der Kinder, sie müssen die unterschiedlichen Bildungschancen der Herkunftsfamilien ausgleichen und die Potenziale der einzelnen Kinder fördern. Jedes Kind ist anders, jede

Schule ist anders. Wir wollen darum dafür Sorge tragen, dass Mittel zielgenauer dort ankommen, wo sie besonders gebraucht werden.

Gute Schule und gute Bildung entstehen, wenn Schule sich auf die Herausforderungen ihres Sozialraumes einlässt. Sie braucht die Freiheit, ein pädagogisches Konzept zu entwickeln, das auf die Bedarfe ihrer Schüler*innen antwortet. Ihre Leitung braucht den Mut, die Kompetenz, die Weitsicht und die Möglichkeit, das Team der Schule in einen derartigen Prozess aktiver Auseinandersetzung mit dem Sozialraum mitzunehmen. Dazu ist es notwendig, die Identifikation und Zufriedenheit der Lehrenden mit ihrem pädagogischen Ort zu ermöglichen und dem Lernort zielgenau und bedarfsgerecht Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Wir wollen, dass sich unterschiedliche Akteur*innen aus der Jugendhilfe, den Kindertagesstätten, aus Schule, dem Gesundheitsbereich, der Familienberatung, den Sozialämtern und Jobcentern sowie Akteur*innen der Zivilgesellschaft in verbindlichen und finanziell ausgestatteten Kooperations- und Netzwerkstrukturen auf Augenhöhe begegnen und passgenaue Angebote für den Stadtteil oder die Kommune entwickeln.

Gute Schule kann nicht ohne die Menschen selbst entwickelt werden. Wir wollen den Schulen gesicherte Freiräume zur Verfügung stellen, aber auch klare Rahmenbedingungen (wie etwa Grundrechtsklarheit) schaffen, in denen sie sich entwickeln können - Bildungsziele, die wir bei der individuellen Förderung verfolgen, spiegeln sich hier auch im Umgang mit Schulen wider.

Die Schulen, die vor den größten Herausforderungen stehen, sollen auch die größte Unterstützung erhalten. Deshalb wollen wir pädagogische Ressourcen und Sachressourcen auf der Basis eines durch ein Sozial- und Bildungsmonitoring erfassten, schulscharf ermittelten Sozialindex verteilen. Dies betrifft nicht allein Stellen für Lehrer*innen und die multiprofessionellen Teams aus Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen und Schulpsycholog*innen, sondern umfasst auch Investitionsmittel für bauliche Anpassungen und Erweiterungen.

Grundschulen, aber, allgemein gesprochen, auch Schulen in herausfordernden Lagen, sind besonders vom Lehrermangel betroffen. Sie weisen häufig die höchsten Seiteneinsteigerquoten auf. Schulscharfe Stellenausschreibungen führen häufig nicht zum Erfolg, verursachen aber einen hohen Aufwand für die Schulleitungen. Deshalb schlagen wir vor, die schulscharfe Ausschreibung für drei Jahre zu begrenzen und parallel dazu ein Lehrerzuweisungsverfahren durchzuführen. Wir wollen die gleiche Besoldung für alle Lehrämter (A13 als Eingangsbesoldung) einführen. Davon sollen nicht nur die neu ausgebildeten Lehrer*innen an Grundschulen oder Schulen der Sekundarstufe I profitieren. Daneben wollen wir in einem ersten Schritt an den Grundschulstandorten mit besonderen Anforderungen die Unterrichtsverpflichtung senken sowie Schulleitungsassistenz und mehr

Entlastungsstunden zur Verfügung stellen. Die Arbeit in multiprofessionellen Teams, die auszubauen sind, und die Arbeit mit/in der Offenen Ganztagschule muss durch Teamzeiten unterfüttert werden. Das ermöglicht auch eine stärkere Vernetzung im Stadtteil sowie die Kooperation mit Kindertagesstätten, weiterführenden Schulen, Familienzentren, Jugendhilfe, Sozialamt und Jobcenter.

Wir wollen selbstbestimmte Schulen

Wir wollen die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung von Schulen fördern, weil wir davon überzeugt sind, dass sie ihre Freiheiten in Verantwortung für ihre Schulgemeinde gut wahrnehmen können. Aus Schulversuchen wissen wir, dass Schulen mehr Verantwortung für ihre Arbeit übernehmen, wenn sie größere Entscheidungsspielräume bei der Ressourcenverteilung haben und ihre vielfältigen Aufgaben qualitativ besser erfüllen, wenn sie für bessere Qualität mehr Anreize bekommen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir den Schulen eine schlagkräftige und übersichtliche Verwaltung an die Hand geben. Qualitative Verbesserungen des Schulsystems setzen zudem voraus, dass die verfügbaren Finanzressourcen künftig effizienter und sinnvoller verteilt und insgesamt erhöht werden. Wir wollen den Schulen durch größere Entscheidungskompetenzen in Personalfragen eine flexiblere und effizientere Planung und Organisation von Unterricht ermöglichen und damit besseres Lernen ermöglichen.

Wir wollen den Schulen ermöglichen, die Bedingungen, die ihr jeweiliges Umfeld bietet und erfordert, in den Schwerpunkten ihrer Schulgestaltung aufzunehmen. Selbstbestimmte Schulen gestalten dann die Lern- und Unterrichtszeiten auf der Grundlage allgemeiner Rahmenvorgaben flexibel. Sie führen eigene Zeitrhythmen für das Lernen ein und gestalten offene Lernformate, die von der Schule themen- und schülerbezogen variabel ausgestaltet werden. Selbstbestimmte Schulen entwickeln alternative Formen der Leistungsüberprüfung und -bewertung. An die Stelle von Klassenarbeiten können Portfolios, praktische Arbeiten, Fachreferate, Vorträge oder Präsentationen treten. Notenzeugnisse können durch Lernentwicklungsberichte ersetzt oder ergänzt werden; auch eine Zertifizierung besonderer Kompetenzen ist möglich. Dies gilt mit Ausnahme von Abschluss-, Überweisungs- und Abgangszeugnissen sowie der Abiturprüfung.

Wir wollen den Schulen ermöglichen, Unterricht außerhalb des engen „Fächerkorsetts“ zu gestalten. Das Unterrichten nach einem klaren Fächerkanon mag für einige Schulen sinnvoll sein, andere wollen in der Lernorganisation andere Wege gehen. Diese Freiräume wollen wir den Schulen geben. Dazu kann gehören, dass Schulen sich dazu entscheiden, mehrere Fächer zusammen zu behandeln und stärker mit dem Instrument der Lernfamilien arbeiten, oder

sogar ganz auf das Unterrichten entlang der klassischen Fächer verzichten. Der Ort dieser Entscheidung und des Aushandelns ist aus unserer Sicht die Schulkonferenz.

Solche Entwicklungen können nur gelingen, wenn sie von den Schulen getragen werden und wenn sich die Schulen selbst in einen (auf die benötigten Lehrerkompetenzen hin) ausgelegten Lernmodus versetzen. Sie gelingen, wenn die Schulen ihre Lernaktivitäten nachhaltig verfolgen. Dazu wollen wir sie befähigen. Auch daher wollen wir individuelle Qualitätsentwicklung nicht hierarchisch verordnen, sondern Anreize schaffen, dass sie von unten wachsen kann. Schulen brauchen Anregungen zur und Unterstützung bei der inneren Entwicklung, die von den Kolleg*innen selbst vollzogen wird. Wir wollen dafür die „intermediären Unterstützungssysteme“ ausbauen. Unser Ziel ist, dass jede Schule die kontinuierliche Unterstützung durch externe Schulentwicklungsteams erhält, die zentral koordiniert werden, um den Wust aus Förderprogrammen und privaten Angeboten zu ordnen. Sie sollen Ansprechpartner*innen für Schulleitungsteams sein und mit der jeweiligen Kommune als Schulträger Entwicklungsprozesse gestalten. Wir wollen darum auch die Aus- und Fortbildung zu Schulentwicklungsbegleiter*innen sowie deren Arbeit an möglichst allen Schulen stärken.

Die Verantwortung für die Entwicklung übernimmt im Wesentlichen die einzelne Schule; die Schulkonferenz ist das entscheidende Gremium. Durch einen Diskussionsprozess zwischen Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen erwarten wir uns auch eine stärkere demokratische Kompetenzvermittlung und eine stärkere Identifikation aller mit ihrer Schule.

Wir wollen Schule fürs 21. Jahrhundert neu denken

Der Transformationsprozess unseres Bildungswesens unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts ist anspruchsvoll und kann nicht einfach „von oben“ verordnet werden. Damit er gelingt, müssen wir das Engagement, die Ideen und die Initiative aller Beteiligten fördern und unterstützen. Wir sehen die Aufgabe von Bildungspolitik in Zukunft nicht zuletzt darin, allen Beteiligten mehr Selbstbestimmung und Verantwortung in der Gestaltung von Bildung zu geben. Das bedeutet für uns Selbstbestimmung und Verantwortung für:

- die Lernenden bei der Gestaltung ihrer Lernwege
- die Lehrenden bei den Lernformaten und Arbeitsweisen, aber auch bei den Formaten, in denen sie Feedback und Unterstützung geben
- jede Schule in der Gestaltung einer Lernumgebung, die für ihre Lernenden und den Sozialraum, in dem sie agiert, optimal ausgestaltet ist.

Wir wollen Bildung für die digitale Welt gestalten. Die Schule für die digitale Welt beschäftigt sich mit den technischen Möglichkeiten derselben und deren gesellschaftlichen Folgen. Sie fragt danach, wie das Digitale funktioniert und gestaltet werden kann, welche Chancen es mit sich bringt und welche Risiken damit für die Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft verbunden sind. Aus unserer Sicht bedeutet dies:

- Kinder lernen in der Schule, wie digitale Technik funktioniert, wie sie gestaltet werden kann und wie sie sich in Zukunft entwickeln könnte.
- Sie lernen, wie sich Arbeit und Kommunikation durch die Digitalisierung verändern und welche Folgen dies für die Gesellschaft und die einzelnen Menschen hat.
- Sie erwerben vielfältige Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien.
- Sie setzen sich kritisch-reflektiert mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf alle Bereiche des Lebens auseinander und sind in der Lage, Risiken für gesellschaftliche und persönliche Entwicklungen zu erkennen, die die umfassende Wirksamkeit des Digitalen entfaltet und Gegenstrategien zu entwickeln.

Lernen in und für eine digitale Welt muss sich stärker an den Bedingungen dieser Welt orientieren und Kindern und Jugendlichen helfen, neben fachlichem Wissen vor allem die Kompetenzen zu erwerben, die für ein Leben in der digitalen Welt wichtig sind. In der Schule in der digitalen Welt lernen Kinder und Jugendliche, eigene Fragen zu stellen, reale Probleme zu lösen, ihre Problemlösungen für sich, andere und auch das Umfeld der Schule nutzbar zu machen. Sie lernen selbstständig, ihren Lernprozess zu strukturieren, in Projekten zusammenzuarbeiten, Zusammenhänge zu verstehen und Probleme zu lösen. Und nicht zuletzt soll Schule in der digitalen Welt Kreativität fördern.

Die Schule in der digitalen Welt bereitet auf die digitale Welt vor, weil sie deren Arbeitsweisen und Prinzipien in das Lernen integriert und nur so Lernende darauf vorbereitet, eine noch unbekannte Welt von morgen aktiv zu gestalten. Die umfassende und systematische Nutzung digitaler Technik als Lern- und Arbeitswerkzeug ist dabei Grundlage und Selbstverständlichkeit.

Wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen, die Schulen eine Schulentwicklung ermöglicht, die passende Schule für die ihr anvertrauten Kinder zu werden. Hierzu gehört mehr pädagogische und organisatorische Freiheit etwa in der Arbeit mit multiprofessionellen Teams. Für selbstbestimmte Schulen ist es daneben auch wichtig, entscheiden zu können, in welchen Formaten Lernen organisiert wird, wie Schüler*innen in ihren Lernprozessen begleitet und beraten werden und in welcher Form sie Feedback und Bewertungen ihrer Lernergebnisse erhalten und selbst Feedback geben.

Bestehende Curricula des Landes fokussieren inhaltlich zu sehr auf abprüfbares Faktenwissen, bestehende Prüfungsformate betonen dies ebenfalls und geben nur sehr eingeschränkt die Möglichkeit, die heute und in Zukunft besonders wichtigen Kompetenzen für das 21. Jahrhundert nachzuweisen. Wir wollen die Kernlehrpläne des Landes so gestalten, dass eine Vielzahl von Lernformaten möglich sind: nach Disziplinen getrennter Fachunterricht und die Entwicklung von Lernfeldern, grundlagenorientierte Lernbüros, themenzentrierte Werkstätten und an den Neigungen, Interessen und Fragen der Lernenden ausgerichtete Projekte innerhalb und außerhalb von Schule. Ebenso sollen Schulen dabei unterstützt und beraten werden, Prüfungsformate zu entwickeln, die den jeweils gewählten Lernformaten entsprechen.

Wir wissen, dass dieser Transformationsprozess langwierig und für jede einzelne Schule eine Herausforderung ist. Daher unterstützen wir die Schulen durch Fortbildungen, Coachings und Innovationsnetzwerke. Wir ermöglichen nicht nur ein breites Spektrum an Arbeitsweisen, sondern akzeptieren auch, dass Prozesse langfristig in Schulen angelegt werden müssen. Wir wollen, dass die Schulen für diese Arbeit zusätzlich Entlastung für Teamzeiten erhalten. Immer noch wird die Arbeitszeit zu sehr von den Unterrichtsstunden her gedacht. Alle Tätigkeiten der Lehrkräfte müssen transparent aufgezeigt und beispielsweise Teamzeiten und Fortbildungen einbezogen werden. Die Definition von Arbeitszeiten von Lehrkräften definiert sich in Zukunft nicht mehr nur über das Stundendeputat im Unterricht, sondern bezieht alle Tätigkeiten ein.

Um eine Vielzahl von Lernformaten anzuregen und dabei im besonderen auch einen Unterricht in themenspezifischen Werkstätten oder in offenen Projekten zu unterstützen, wollen wir Lehrpläne zukünftig nicht mehr an Fachinhalten, sondern an übergeordneten, verbindenden Themen ausrichten. Eine Orientierung können hierbei die 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Vereinten Nationen bieten, für deren Umsetzung sich auch das Land NRW bekannt hat.

Die Digitalisierung wird unser Leben und Arbeiten verändern und verändert sie bereits heute in erheblichem Maße. Dies führt zu Unsicherheiten bei vielen Menschen. Auch Lehrkräfte fragen sich, ob Schule in Zukunft noch „gebraucht“ wird oder ob Lernen in Zukunft von adaptiven Systemen und künstlicher Intelligenz organisiert wird. Lernen ist aber immer ein sozialer Prozess, in dem Menschen miteinander agieren und sich begegnen – und wird dies auch bleiben. Künstliche Intelligenz, Algorithmen und Learning Analytics können individualisierte Lernprozesse durch passgenaue Inhalte und unmittelbares Feedback unterstützen. Wir wollen, dass die so entstehenden Freiräume für mehr gemeinsames Lernen in selbstgesteuerten Projekten und intensive Lernbegleitung und Lernberatung genutzt werden.

Mehr Austausch und das gemeinsame Erarbeiten von Lösungen, werden die Arbeit der Zukunft in noch stärkerem Maße prägen. Wir wollen daher, dass moderne Technik dazu genutzt werden kann, Arbeits- und Verwaltungsabläufe in Schulen zu vereinfachen und adaptive Lernsysteme Lehrkräfte entlasten. Darüber hinaus wollen wir, dass digitale Technik genutzt werden kann, um Lernen individueller und kooperativer zu gestalten. Digitale Technik ermöglicht den Lernenden, Lernprozesse zunehmend selbstständig zu organisieren und zu dokumentieren. Sie unterstützt Lehrkräfte dabei, diese Prozesse vorzubereiten, zu begleiten und Lernende zu beraten. Digitale Medien sind der Schlüssel, um neue Lernformate umzusetzen sowie die Forderungen nach neuen Kompetenzen und einem produktiven Umgang mit Wissen einzulösen.

Wir setzen Grundlagen: mit Informatik - und technischer Ausstattung

Um sicherzustellen, dass Lernende grundlegendes informatisches Wissen erwerben, wollen wir informatische Bildung curricular fest verankern, wo es in einem Fachunterricht oder in fächerübergreifenden Lernformaten umgesetzt werden kann.

Wir haben dabei ein umfassendes Verständnis von Informatik analog zu den Begriffen Informatische Bildung, Medienpädagogische Bildung und Medienkompetenz. Dazu gehört für uns nicht nur die Kulturtechnik des Programmierens, sondern auch die Beschäftigung mit den Risiken, der Funktionsweise und den Chancen, die mit einer digitalisierten Welt einhergehen.

Die technischen Entwicklungen sind rasant und die Entwicklungszyklen werden immer kürzer. Medienkonzepte, die Schulen heute entwickeln, sind oft bereits veraltet, wenn die Technik, die auf deren Grundlage beschafft wird, in der Schule ankommt. Es müssen neue Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Schulen die Möglichkeiten der Digitalisierung in ihre Arbeit einbinden können. Dazu gehört eine kontinuierlich modernisierte Grundausrüstung, die jeder Schule zur Verfügung steht. Hierzu gehören ein schneller Internetzugang, WLAN im gesamten Gebäude, Präsentationstechnik in allen Räumen und mobile Geräte, die jederzeit genutzt werden können. Medienkonzepte sind in Zukunft als Teil des Schulprogramms nicht mehr „Antragstexte“, die erst Ausstattung ermöglichen, sondern lebende Dokumente, die gelebte Unterrichtspraxis in Schulen abbilden und als offene und öffentliche Dokumente Teil einer regionalen Schulentwicklung sind.

Wir wissen, dass digitale Technik besonders dann lernförderlich wirken kann, wenn sie jederzeit in der Hand der Lernenden verfügbar sind. Im Dialog mit Schulen, Kommunen und Eltern muss das Land dafür sorgen, dass jedes Kind jederzeit die Lernmöglichkeiten hat, die es

braucht. Das bedeutet für uns: Jede Schule muss eine 1:1-Ausstattung mit mobilen Geräten realisieren können - unabhängig von der Finanzkraft der Eltern.

Administration, Support und Wartungen digitaler Infrastruktur und Geräte wird aufwändiger, wenn mehr Schulen diese Technik immer umfassender einsetzen. Die Aufgabenteilung zwischen Schulen, Schulträger und Land ist in einer Vereinbarung geregelt, die sich in vielen Einzelfällen als tragfähig erwiesen hat und in unterschiedlichen Formen umgesetzt wurde. Die Regelung wird aber mit steigendem Einsatz digitaler Technik an Grenzen kommen. Wir wissen, dass neben der Grundausstattung mit Infrastruktur und Geräten Support und Wartung steigende Kosten verursachen werden. Wir wollen die bestehenden Lösungen weiterentwickeln und die Lastenteilung zwischen Land und Kommunen bei der sächlichen Ausstattung der Schulen neu aushandeln. Zudem wollen wir erreichen, dass Lehrkräfte zunehmend von technisch-administrativen Aufgaben entlastet werden und Schulen über Fachpersonal für diese Aufgaben verfügen können.

Wir wollen ein Recht auf einen hochwertigen Ganztag

Eine Ganztagschule muss ein Lebens- und Lernort sein, der Vertrauen, Sicherheit und Geborgenheit bietet. Dies gilt besonders für jüngere Kinder, aber auch für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I: Wichtig ist die Qualität der Beziehungen, die Qualität des Raumes und die Zeitgestaltung, also der Rhythmus von Konzentration, Anstrengung, und Entspannung sowie die Existenz von Freiräumen. Der Ganztag bietet vielfältige Chancen um die Selbstwirksamkeit zu stärken, und Gemeinschaft zu erleben und zu pflegen. Er ist Entwicklungsraum und kann Ansporn, Ermutigung und Herausforderung für formelles und informelles Lernen bieten. Ein Raum, in dem Kinder sich erproben dürfen und ihre Kreativität entwickeln und erleben können. Die Ganztagschule kann eine Schule sein, die dem einzelnen Kind in besonderer Weise gerecht wird.

Wer andere Lernformen und eine an den Schülerinnen und Schülern orientierte Rhythmisierung verwirklichen möchte, muss die klassische Trennung unterschiedlicher Bildungsbereiche (Unterricht und Betreuung) überwinden. Das ist im gebundenen Ganztag leichter möglich (und wird an solchen Schulen auch häufig bereits realisiert), gilt aber auch für die Offene Ganztagschule. Wir wollen auch in offenen Formaten eine stärkere Verzahnung von Schule und Ganztag. Das gilt für die Inhalte, die Teamarbeit der multiprofessionellen Fachkräfte und ein gemeinsames nutzbares Raumkonzept. Offene Ganztagsangebote sind Bildungsangebote, die eine gute pädagogische Qualifikation der Beschäftigten ebenso voraussetzen, wie eine gute Abstimmung mit den Kollegien und den Schulleitungen einschließlich ihrer Verankerung in der Schulkonferenz. Denkbar wäre für uns auch eine

Weiterentwicklung des offenen Ganztages in modulare Lösungen, in denen auf einen gebundenen Anteil bis 14 oder 15 Uhr ein offener Anteil aufgesetzt ist, den Eltern als Betreuungsformat anwählen können.

Kulturelle Bildung, Bewegungs- und erweiterte Sportangebote sowie musisch-ästhetische Bildung und genügend Zeit und Raum für die kreative Entwicklung, Öffnung von Schule und konsequente individuelle Förderung aller Schüler*innen – gerade auch der leistungsstarken – sind Elemente einer Ganztagschule, die sich an einer ganzheitlichen Entwicklung des Kindes orientieren. Vielfältige Formen der Partizipation der Schüler*innen legen das Fundament einer funktionsfähigen Demokratie.

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz in den Grundschulen und den Sekundarstufen I der weiterführenden Schulen, in einem ersten Schritt für die Klassen 1 bis 6. Es ist für Eltern nicht einsehbar, dass die Betreuung ihrer Kinder in einer guten Bildungseinrichtung nur bis zum Eintritt in die Grundschule gesichert ist. Der Bund muss mit der Verpflichtung der Kommunen, den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz umzusetzen, finanzielle Rahmenbedingungen schaffen, die die Tragfähigkeit der Kommunen in ihren unterschiedlichen Haushaltslagen nicht überfordert. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss durch gute Ganztagsangebote gefördert werden.

Wir wollen besonders die Grundschulen dazu ermutigen, den Weg zur gebundenen Ganztagschule in partizipativen Prozessen mit den Eltern und Kindern zu gehen. Hier muss es die Möglichkeit geben, in Abstimmung zwischen Kommunen und Land in der sozialräumlichen Steuerung diesen Weg dort zu ermöglichen, wo es sich aus dem schulpolitischen Profil oder den sozialräumlichen Anforderungen ergibt. Das schulische Ganztagsangebot muss in den Grundschulen wie in den weiterführenden Schulen prinzipiell kostenfrei sein; Bund und Land müssen hier für die Finanzierung eintreten.

In Ganztagschulen geht es um den Dreiklang von Bildung, Erziehung und Betreuung. Damit leistet die Ganztagschule zugleich einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Gerade auch für Frauen, die noch immer den Hauptteil der Familienarbeit übernehmen. In der Kooperation von Elternhaus und Schule geht es darum, ein vertrauensvolles Klima der Zusammenarbeit und gemeinsamen Verantwortung zu entwickeln, denn die Schule ist kein „Dienstleistungsservice“. Es zählt sich aus, die Partizipation und Mitwirkung der Eltern von Beginn an zu verankern und vielfältig zu fördern. Wir wollen dazu die Projekte ausweiten, die Eltern unabhängig von Herkunft oder sozialer Lage befähigt, in der Schule mitzuwirken.

Ungleiches muss ungleich behandelt werden. Das gilt auch für den Ganzttag. Guter Ganzttag braucht multiprofessionelle Teams ebenso wie die Einbindung von sportlichen und kulturellen Angeboten des Quartiers. Auch für die Ganzttagsschule muss der Sozialindex konsequent angewendet werden. Für Schulen mit herausfordernden sozialen Rahmenbedingungen wollen wir die Möglichkeit der Schaffung eines Bildungscampus schaffen, in dem Unterstützungsangebote für Kinder und ihre Familien niederschwellig angeboten werden. Die kommunal-staatlichen Bildungsnetze übernehmen hier als Bildungsplanung eine wesentlich steuernde Aufgabe unter Einbeziehung der im Quartier lebenden Menschen.

Die Qualität und Ausgestaltung der Ganzttagsschulen, vor allem der Offenen Ganzttagsschule (OGS) ist derzeit auch noch abhängig von der Finanzkraft der Kommunen und ihrer Möglichkeit, freiwillige Beiträge zur Ausgestaltung des Ganztages zur Verfügung zu stellen. Wir wollen, dass die Qualität des Ganztages auf landesweit gültigen Standards ruht. Das folgt für uns aus dem Gebot der Gleichwertigkeit der Lebens- und Bildungsverhältnisse. In der Umsetzung bedeutet dies, dass es landesweit gültige Standards für die personelle und räumliche Ausstattung des Ganztages braucht, die in Abstimmung mit den Schulträgern entstehen. Dies muss für die personelle Ausstattung des Ganztags mit multiprofessionellem Personal, wie für dessen Fortbildung und Qualifizierung ebenso gelten, wie für den Raumbedarf, für die Mittagsverpflegung und multifunktionelle Räume für die innere Ausgestaltung des Ganztages.

Wir wollen Schulen, an denen alle Kinder willkommen sind

Grüne haben sich schon immer dafür eingesetzt, längeres gemeinsames Lernen aller Kinder zu ermöglichen. Wir blicken mit hoher Wertschätzung auf die nachgewiesenen besonderen Leistungen der Gesamtschulen, denen es gelingt, Schüler*innen unabhängig von ihrer Herkunft und dem Bildungsabschluss ihrer Eltern zu höheren Bildungsabschlüssen bis hin zum Abitur zu führen. Hier werden eine Pädagogik der Vielfalt und die individuelle Förderung in heterogenen Gruppen schon lange gelebt. Dafür sollen sie nicht nur Anerkennung, sondern auch notwendige und angemessene Förderung erfahren.

Wir wollen die Tatsache beenden, dass der Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule den weiteren Bildungsweg weitgehend vorzeichnet. Wir sehen im gemeinsamen Lernen aller Kinder und damit in den integrierten Schulformen die größten Chancen, Kinder auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten und mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. An dem Ziel, dass alle Kinder an allen Schulen willkommen sind und gemeinsam lernen, halten wir fest. Der starke Ausbau von Gesamtschulen seit 2010

und die trotz Umstellung des Gymnasiums auf G9 steigende Nachfrage nach Gesamtschulplätzen, die in weiten Teilen des Landes nicht ausreichend zur Verfügung stehen, bestärken uns in diesem Bemühen. Die Entwicklung der Anmeldezahlen zeigt uns zudem, dass integrierte Schulen vor allem dann attraktiv sind, wenn sie ihren Schüler*innen auch einen Weg zum Abitur eröffnen.

Eine einseitige Zuspitzung der schulpolitischen Debatte auf die Schulstruktur hat sich als Hindernis herausgestellt, weil sie oftmals den Blick auf nötige Prozesse der Schulentwicklung versperrt hat. In diesem Sinne war der mit dem Schulkonsens erreichte Weg, Schulen des gemeinsamen Lernens „von unten“ entstehen zu lassen, ein großer Fortschritt. Es hat der Entwicklung des Gesamtsystems gutgetan, dass sie sich auf breite Mehrheiten stützen konnte. Wir setzen auch künftig auf eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Schulen und Schulträgern, wollen diese Entwicklung aber stärker flankieren:

- Die Hauptschule wird von immer weniger Schüler*innen und Eltern als ein erfolgversprechender Bildungsweg wahrgenommen und erlebt. Wir sehen deshalb für diese Schulform keine Zukunftsoption.
- Die Sekundarschule ist eine integrierte Schulform, die sich von der Gesamtschule nur durch das Fehlen der gymnasialen Oberstufe unterscheidet. Sekundarschulen sollen sich zu Gesamtschulen wandeln oder Teilstandorte von Gesamtschulen werden können, sodass an ihnen der direkte Weg zum Abitur ohne Schulwechsel möglich ist.
- Realschulen und Gymnasien wollen wir die Möglichkeit geben, sich selbstständig durch Entscheidung der Schulkonferenz in Gesamtschulen umzuwandeln.
- Schule soll Geborgenheit und Sicherheit geben. Alle Schulen, auch Realschulen und Gymnasien, sollen alle Kinder und Jugendlichen nach ihren Potenzialen fördern und auf dem Weg zum bestmöglichen Schulabschluss begleiten, mindestens bis zum ersten Schulabschluss nach Klasse 10. Abschulung und (unfreiwillige) Klassenwiederholung soll es nicht mehr geben.

Schulversuche, in denen von der 1. bis zur 10. Klasse gemeinsam und ohne Schulwechsel gelernt wird, haben sich als sehr erfolgreich herausgestellt. Wir wollen, dass die Trennung zwischen Primar- und Sekundarstufenschulen aufgehoben werden kann und so ermöglichen, dass Schulen den gemeinsamen Unterricht von Klasse 1 bis mindestens Klasse 10 anbieten. Erweiterte Primusschulen/Gesamtschulen können so neu gegründet werden oder durch Kooperation zwischen Schulen entstehen.

Wir wollen inklusive Schulen, in denen Kinder aufblühen und ihre Potenziale entfalten

Wir stehen ein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, selbstbestimmte, gleichberechtigte Teilhabe und größtmöglichen individuellen Bildungserfolg. Es ist normal, verschieden zu sein, und wir streiten dafür, dass jeder Mensch so anerkannt wird, wie er ist. Wir verfolgen das Ziel einer inklusiven Gesellschaft und damit auch eines inklusiven Schul- und Bildungssystems. Inklusive Bildung bedeutet, dass jedes Kind an jeder Schule willkommen ist, dass jedem Kind an jeder Schule die Förderung zukommt, die es braucht, um sich zu entfalten und seine Potenziale zu entwickeln. Jedes Kind hat das Recht auf Zuwendung und individuelle Förderung.

Wir bekennen uns zum Verständnis der inklusiven Bildung der Deutschen UNESCO-Kommission. In diesem Sinn bedeutet inklusive Bildung, *„dass allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Religion, ethnischer Zugehörigkeit, besonderen Lernbedürfnissen, sozialen oder ökonomischen Voraussetzungen – die gleichen Möglichkeiten offen stehen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale zu entwickeln.“*

Nicht das Kind muss sich in ein bestehendes System anpassen, sondern das Bildungssystem muss die Bedürfnisse aller Lernenden berücksichtigen und sich an sie anpassen. Inklusion beinhaltet das Recht auf gemeinsamen Unterricht in einer Regelschule. Inklusion rückt die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Schüler*innen in den Mittelpunkt. Sie begreift Vielfalt als Chance für Lern- und Bildungsprozesse für jedes Kind.

Wir haben bereits festgehalten:

„Mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Beschulung im Regelschulbereich hat die grüne Schulpolitik im Bereich der Inklusion einen großen Fortschritt errungen, auf den wir stolz sind. Deshalb wenden wir uns entschieden gegen Bemühungen, diesen Weg rückabzuwickeln. Aber wir sehen, dass es bei der Umsetzung, Steuerung und Begleitung Fehler gab und die bisherigen Reformbemühungen in ihrem praktischen Resultat quantitativ, aber auch qualitativ noch nicht befriedigend sind. Bisher wurden die Bedingungen – hinsichtlich der räumlichen, finanziellen und personellen Ressourcen, aber auch in Bezug auf Unterstützungssysteme für inklusive Schulentwicklung in einem segregierenden Schulsystem – vielerorts nicht ausreichend geschaffen, um nachhaltig qualitativ hochwertige und damit auch für alle gewinnbringende inklusive Beschulung zu ermöglichen. Auch Nachsteuerungen konnten nicht oder nicht rechtzeitig Wirkung entfalten. Lehrkräfte hatten zum Teil den Eindruck, dass die Anforderungen im notwendigen Veränderungsprozess nicht genügend wahrgenommen wurden. Dadurch wurde vielen Menschen in

*den Schulen zu viel abverlangt und zugelassen, dass sich auch Unterstützer*innen des gemeinsamen Lernens enttäuscht von dieser Politik abgewandt haben.“*

Wir sind uns bewusst, dass erfolgreiche schulische Inklusion zahlreiche Voraussetzungen verlangt – aber wir sind gleichzeitig davon überzeugt, dass es sich lohnt sich, den Weg weiter zu beschreiten. Jedes Kind hat das Recht auf eine Schule, die ihm guttut und die Entfaltung seiner persönlichen Talente und Potenziale ermöglicht.

Die konsequente individuelle Förderung und kooperative Lernformen sind zwei Seiten einer Medaille. Gemeinsames Lernen bedeutet die Chance auf bessere Schule und eine gerechtere, demokratischere und friedlichere Gesellschaft. Vom gemeinsamen Lernen und der konsequenten individuellen Förderung profitieren alle Schüler*innen, gerade auch die leistungsstarken. Ebenso kommt das Erwerben von sozialen Kompetenzen wie gegenseitiges Verstehen von Lebenslagen und Empathie allen zugute.

Inklusion kann schwerlich gelingen, wenn Unterricht gleichförmig – alle Schüler*innen im Gleichschritt – abläuft und Binnendifferenzierung in den Lerngruppen nicht oder unzureichend möglich ist. Inklusiv Schule ist dann erfolgreich, wenn jeweils entsprechend hohe Leistungsanforderungen an alle Kinder gestellt werden – auch an jene mit besonderem Förderbedarf. Der Vorteil individueller Förderung besteht darin, sowohl die leistungsstarken Schüler*innen in den Blick zu nehmen und zu verhindern, dass sie sich unterfordert fühlen, auch die besonders förderbedürftigen Schüler*innen in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Schlüssel für gelingende inklusive Schule ist die Qualität der pädagogischen Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern und Jugendlichen. Wir wollen auch aus diesem Grund das individualisierte Lernen stärken und dabei noch stärker die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen.

Wir wollen Schulen ermutigen, eine von Akzeptanz, von Heterogenität und Wertschätzung gegenüber allen Kindern geprägte Schulkultur zu entwickeln. Wir wollen uns deshalb auf die Gelingensbedingungen einer guten inklusiven Bildung konzentrieren. Diese liegen zum einen in den Ressourcen, die den Schulen materiell und personell zur Verfügung stehen, zum anderen in der Unterstützung und der pädagogischen Freiheit, inklusive Schulentwicklungsprozesse zu gestalten und voranzubringen. Die Partizipation von Eltern, Schüler*innen und Lehrer*innen ist ebenso unverzichtbar. Für die inklusiven Schulen sollen die Ressourcen des Landes, der Jugendhilfe, der Sozialämter, kommunalen Integrationszentren und der Schulverwaltung für die Schulen unbürokratisch zusammengeführt werden. In Netzwerken können Sozialverbände, Elternvereine sowie Kirchen und weitere zivilgesellschaftliche Akteur*innen im Sozialraum eingebunden werden. Mit dem klaren Ziel,

eine inklusive Schule zu entwickeln, vertrauen wir den Verantwortlichen vor Ort und wollen die notwendige Unterstützung zur Verfügung stellen.

Wir wissen, dass ein inklusives Bildungssystem nicht von heute auf morgen zu erreichen ist. Deshalb wollen wir dafür Sorge tragen, dass zielführende Zwischenziele und Schritte verankert werden. Ein kommunaler bzw. regionaler Schulentwicklungsplan beschreibt die Entwicklungsschritte hin zu einem inklusiven Schulsystem, das alle Schulen einbezieht. Auf diesem Weg müssen als Zwischenschritt die Vorreiterschulen besonders ausgestattet werden. Sie sollen an ein kommunales/regionales Unterstützungszentrum direkt mit angebunden sein, in dem Schulpsychologie, Jugend- und Sozialhilfe, Beratung und Fortbildung zur Verfügung stehen. An die Schulen angeschlossen sind Bildungsräume, die Schüler*innen in speziellen Unterstützungssituationen temporär neue pädagogische Möglichkeiten in unmittelbarer Kooperation mit der Jugendhilfe eröffnen. Kinder mit emotionalen und sozialem Förderbedarf, aber auch schulumüde Schüler*innen finden so in multiprofessionellen Settings Unterstützung. Auch in diesen mit der Schule eng verbundenen alternativen Bildungsräumen bleiben sie Schüler*innen ihrer Schule.

Beginnend mit den Vorreiterschulen werden Therapie- und Pflegeräume eingerichtet. Dies ist besonders für Ganztagschulen wichtig. Diagnostische Materialien und sonderpädagogische Expertise müssen unabhängig vom Förderort umfänglich für alle Kinder mit Förderbedarfen zur Verfügung stehen und nutzbar sein, ebenso wie individuelle Fördermittel.

In die kommunalen und regionalen Netzwerke sind die Förderschulen einbezogen. Förderschulen sollen sich in den inklusiven Entwicklungsprozess öffnen und auch Schüler*innen ohne sonderpädagogische Unterstützungsbedarf aufnehmen können. (reverse Inklusion). Dazu gehören ausdrücklich auch die Schulen in Trägerschaft der Landschaftsverbände.

Teamstrukturen in der täglichen Arbeit und der gemeinsamen Unterrichtsentwicklung von Sonderpädagog*innen und allgemeinen Lehrkräften unterstützen den kollegialen Austausch und Wissenstransfer. Den Schulen stehen dafür zusätzliche Teamzeiten zur Verfügung. In der Schulleitung wird die Inklusionskoordination mit einer Funktionsstelle verankert. Dieser Prozess wird sukzessive begleitet durch eine veränderte Lehrerausbildung. Mehr und mehr Lehrer*innen werden im „Umgang mit Vielfalt insbesondere mit Blick auf ein inklusives Schulsystem“ aus- und fortgebildet.

Wir wollen zudem eine Reform der Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs (AOSF-Verfahren) vornehmen. Auf der Grundlage valider, differenzierter Diagnostik unter Einbeziehung aller Beteiligten sollte ein besonderer Förderbedarf (inklusive Hochbegabung)

festgestellt und überprüft werden. Das kann durch die Unterstützungszentren erfolgen, die ggf. die Erlaubnis erteilen, vom Curriculum der Regelschule abzuweichen und bei individuellen Förderplänen multiprofessionelle Unterstützung leisten können. Grundsätzlich sollte eine Diagnostik die individuelle Förderung für alle Kinder unterstützen. Auch eine unabhängige Elternberatung soll in den Unterstützungszentren angesiedelt werden.

Ziel ist es, dass jede Schule – und das bedeutet auch jede Schulform – offen ist für jedes Kind. Jede Schule hat dabei das Anrecht auf die nötige Unterstützung bei der Weiterentwicklung ihrer internen Strukturen.

Wir wollen die Schulen auf dem Weg zur Inklusion dahingehend unterstützen,

- dass fest installierte multiprofessionelle Klassen-, Jahrgangs- und Stufenteams gemeinsam Verantwortung für alle Kinder übernehmen,
- dass Sonderpädagog*innen verlässlich und fest im Kollegium verankert sind und Teamwork und Reflexion auf Seiten der Pädagog*innen sowie vertrauensvoller kooperativer Umgang mit den Eltern gelebt werden,
- dass die systematische Vorbereitung der Kollegien im Rahmen von Fortbildung auf didaktische und diagnostische Herausforderungen gestärkt wird,
- dass jede Schule auf ein kommunales/regionales Unterstützungszentrum zurückgreifen kann,
- dass sie insgesamt eine Kultur der Wertschätzung von Verschiedenheit, des gegenseitigen Respekts, der Empathie und des achtsamen Umgangs miteinander entwickeln,
- dass kollegiale Fallbesprechungen sowie gemeinsame Unterrichtsplanung durch systemische Zeitressourcen gefördert werden,
- dass die notwendigen Instrumente und Materialien zentral zur Verfügung gestellt werden,
- dass auf der Ebene der Schulleitung eine Funktionsstelle Inklusionskoordination etabliert wird,
- dass Schulbegleiter*innen in Form von Pool-Lösungen einen festen Platz in den Schulen bekommen

Wir wollen, dass die inklusive Schule grundsätzlich barrierefrei ist bis hin zur Raumausstattung und -gestaltung (z. B. Akustik, technische Hilfsmittel). Therapie und Pflege gehören zum Raumprogramm. Das Programm "Gute Schule" soll über 2020 hinaus mit den Inklusionsbedarfen weitergeführt werden.

Die Schulen brauchen verbindliche bauliche Standards, die sicherstellen, dass pädagogische Bedarfe passgenau abgebildet werden. Wir begrüßen darum, dass es von Seiten der

kommunalen Spitzenverbände einen Prozess gibt, verbindliche bauliche Standards wieder zu definieren und setzen uns dafür ein, mit Kommunen vereinbarte bauliche Standards als Landesrichtlinie zu übernehmen. Perspektivisch sollen alle Schulen des Landes mit sonderpädagogischen Abteilungen ausgestattet werden, die Pflegeeinheiten und Ruheräume, sowie kleinere Unterrichtsräume bereitstellen. Schwerbehinderte Kinder und Jugendliche könnten hier immer dann betreut werden, wenn der Aufenthalt in einer Regelklasse aus gesundheitlichen oder psychischen Gründen zeitweilig nicht möglich ist. Zu multiprofessionellen Teams gehören dann auch Fachkräfte aus dem Gesundheits- und Pflegebereich. Kinder mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen gehören zur Schulgemeinschaft und sollen Teil einer Klassengemeinschaft sein. Dafür ist es wichtig, dass sie den möglichen Teil des Unterrichts und die freie Zeit innerhalb der Schule mit ihrer Klasse verbringen.

Wir wollen demokratische Schulen für eine starke und wehrhafte Demokratie

Wir wollen unsere pluralistische und demokratische Gesellschaft weiterentwickeln und unser Bildungssystem als Ort gelebter Demokratie begreifen und fördern. Unser Bildungswesen muss dazu beitragen, grundlegende demokratische Haltungen zu entwickeln, ein demokratisches Zusammenleben zu gestalten und demokratiefeindlichen Einstellungen wie Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Islamismus vorzubeugen und totalitären Strömungen und Denkmustern entgegenzutreten. Wir wollen Menschen befähigen, gegen die Verletzung von humanen und demokratischen Werten aufzubegehren.

Kinder haben Rechte, und diese Rechte betreffen zahlreiche Themen im Lernalltag von Kindern und Jugendlichen – dazu gehören soziale und faire Umgangsformen, gewaltfreie Konfliktlösung, umfassende Mitbestimmung am Lernort oder Beteiligungsformen wie Klassenrat, Schülerversammlung oder Schülerparlament. Nur wenn Kinder ein Bewusstsein über ihre Rechte entwickeln, können sie diese wahrnehmen. Wir verstehen frühe Demokratiebildung auch als eine wirksame Prävention gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Gewalt und zur Förderung gesellschaftlichen Engagements.

Wir nehmen nicht nur die Vermittlung von Wissen über und die Erziehung zur Demokratie oder die Vorbereitung auf demokratische Teilhabe etwa an allgemeinen Wahlen in den Blick, sondern auch die innere Verfasstheit und demokratische Kultur unserer Bildungseinrichtungen. Denn demokratisches Bewusstsein und demokratisches Handeln kann nicht vermittelt, es muss erlernt und erlebt werden. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche

Zugehörigkeit, Mitwirkung, Anerkennung und Verantwortung in ihrem Schulalltag lebendig erfahren und darüber die für demokratisches Denken und Handeln notwendigen Einstellungen und Kompetenzen entwickeln und in der Folge selbst zivilgesellschaftlich und demokratiefördernd tätig werden können. Demokratisches Handeln bedeutet mehr, als in demokratischen Verfahren Entscheidungen zu treffen. Demokratie lebt von Mitbestimmung, von der gemeinsamen Aushandlung und Einhaltung von Spielregeln, von der Fähigkeit, kritisch zu denken, Positionen zu hinterfragen und einzuordnen, aber auch von einem achtsamen, empathischen Umgang untereinander und der Bereitschaft, sich in Andere hineinzusetzen.

Wir wollen in unseren Bildungseinrichtungen Lernprozesse fördern, die von Emanzipation, Ermutigung zum kritischen Diskurs sowie von gegenseitigem Respekt und gemeinsamem Gestaltungswillen geprägt sind. Unser Ziel ist, dass unsere Bildungseinrichtungen zu diskriminierungsfreien Orten werden, an denen alle Beteiligten Zugehörigkeit, Mitwirkung, Anerkennung und Selbstwirksamkeit in ihrem Alltag tatsächlich erfahren und darüber die für demokratisches Denken und Handeln notwendigen Einstellungen und Kompetenzen entwickeln und in der Folge selbst zivilgesellschaftlich und demokratiefördernd tätig werden können.

Eine demokratische Schulentwicklung will alle Akteur*innen einer Schule, also Schüler*innen, Eltern, pädagogische und nichtpädagogische Mitarbeiter*innen, in den Prozess einbinden und legt ein besonderes Augenmerk auf die Partizipation aller Beteiligten einer Schule: Wir wollen, dass langfristige Aufgaben, die auf gemeinsamen Vorstellungen zur Entwicklung der Schule beruhen, von allen Beteiligten ausgehandelt werden. So, wie Kinder schon in der Kindertagesstätte kindgerechte Angebote zur Mitbestimmung über gemeinsame Aktivitäten oder die Gestaltung ihres Umfelds erhalten sollen, wollen wir in den Schulen – von der Grundschule bis zum Berufskolleg – das demokratische Aushandeln der pädagogischen Schwerpunkte, der schulischen Schwerpunkte, die Diskussion über Aktivitäten in der Gruppe und die demokratische Lösung von Konflikten zum regulären Bestandteil des Unterrichts machen und Konzepte wie den „Klassenrat“ in alle Schulen tragen. Die Selbstreflexion der Schüler*innen soll als Grundlage von Lernberichten und/oder Noten dienen und eine wertschätzende Auseinandersetzung über Selbst- und Fremdwahrnehmung des Lernprozesses ermöglichen.

Wir streben deshalb an, die strukturelle und finanzielle Ausstattung der Schülervertretungsarbeit zu verbessern, etwa indem wir ein der Schülerzahl angemessenes Budget für Bezirksschülervertretungen bereitstellen und Anrechnungstunden für Verbindungslehrer*innen auf kommunaler Ebene schaffen. In den Schulkonferenzen wollen wir die Vertretung von Schüler*innen mindestens zu einem Drittel; in den Fachkonferenzen

sollen Schüler*innen über das beratende Mandat hinaus mitbestimmen. Demokratisch arbeitende Schulen beziehen zudem ihre Elternschaft aktiv in Arbeits- und schulische Entwicklungsprozesse ein. Wir wollen unterstützen, dass Eltern Verantwortung in wichtigen Entwicklungen und Entscheidungsprozessen der Schule übernehmen.

Politische Bildung, insbesondere Demokratiebildung, sehen wir als elementaren Teil der Lehrpläne. Wir wenden uns daher entschieden gegen Bestrebungen, den Anteil der politischen Bildung zu Gunsten anderer oder neuer Lerninhalte zurückzufahren. Ein vertieftes Verständnis über demokratische Prozesse zu schaffen, aber auch ein Verständnis über die Rollen von Parteien, Interessenvertretungen, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Möglichkeiten eigener Mitarbeit und Teilhabe ist erklärter Auftrag.

Wir wollen die Grundschulen stärken

Wer das Fundament in der schulischen Bildung stärken will, der muss das Schulsystem vom Kopf auf die Füße stellen. Für die ältesten Schüler*innen wird in den allgemeinbildenden Schulen am meisten investiert. Das zeigt sich u.a. in der Besoldung der Lehrkräfte, in Beförderungschancen und Ausstattung, wozu auch Verwaltungs- und Hausmeisterstunden zählen. Auch die Höhe der Unterrichtsverpflichtung und die Schüler-Lehrer-Relation dürfen in der Betrachtung nicht vergessen werden. Ebenso der geringe Anteil von Entlastungsstunden, der gewährt wird.

Die Grundschulen verdienen höchste Wertschätzung für ihre Arbeit, Gelingen von Bildungsbiografien, für ihre Arbeit auf der Basis einer Pädagogik der Vielfalt – auch als Grundlage eines umfassenden Inklusionsbegriffs. Grundschulen waren schon immer Vorreiterschulen in der Unterrichtsentwicklung und im Gemeinsamen Lernen unabhängig von Geschlecht, Ethnie, sozialer Herkunft oder Behinderung.

Das gemeinsame Lernen in der Grundschule im eigenen Stadtteil bzw. vor Ort ist ein wertvolles Gut, das wir unterstützen wollen. Grundschulen mit Bekenntnisprofil müssen aufgrund der Rechtskonstruktion konfessionelle Schüler*innen bevorzugt aufnehmen. Das führt zu sozialer und kultureller Segregation. Dabei werden auch Grundschulen mit Bekenntnisprofil zu 100% durch den Staat finanziert. Wir wollen, dass die Gemeinschaftsgrundschule wirklich die Schulgemeinschaft für alle Kinder ist. Daher schlagen wir vor, die Bekenntnisgrundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen umzuwandeln.

Nach dem NRW-Schulgesetz werden Kinder in Gemeinschaftsgrundschulen *„auf der Grundlage christlicher Bildungs- und Kulturwerte in Offenheit für die christlichen Bekenntnisse*

und für andere religiöse und weltanschauliche Überzeugungen gemeinsam unterrichtet und erzogen.“ Der Religionsunterricht sollte nicht mehr nach Bekenntnissen getrennt erteilt werden, sondern konfessionell-kooperativ.

Wir wollen die rechtlichen Grundlagen in der Landesverfassung für die Änderungen schaffen, in Gesprächen mit den Religionsgemeinschaften die notwendigen Entwicklungen im Religionsunterricht voranbringen sowie das Fach Philosophie ergänzend in der Grundschule einführen.

Wir wollen Zuständigkeiten und Finanzierung effektiv regeln

Unterschiedliche Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten machen Schulen oft die eigenständige, selbstbestimmte und selbstverantwortete Entwicklung schwer. Wir schlagen daher vor, die Zuständigkeiten neu zu organisieren und die Entscheidungsbefugnisse möglichst auf der Ebene anzusiedeln, wo sie möglichst effektiv sind. Zudem wollen wir die Aufgaben- und Lastenteilung zwischen Land und Kommunen in finanzieller Hinsicht neu aushandeln. In diesem Zusammenhang wollen wir perspektivisch rechtssicher ermöglichen, dass den Schulen ein eigenes Schulbudget zur Verfügung steht, über das sie in wachsendem Maße selbstbestimmt und selbstverantwortet verfügen können.

Ein entscheidender Faktor einer guten Bildung für die Gegebenheiten vor Ort ist neben den Rahmenbedingungen der Landesebene aus unserer Sicht eine kluge und verbindliche kommunale bzw. regionale Bildungsplanung. Wir wollen dafür zusätzliche Ressourcen in Form von regionalen Budgets schaffen, um auch schulübergreifende Personal- und Finanzbedarfe abdecken zu können. Solche Bedarfe entstehen vor allem durch ein die Schulentwicklung begleitendes Beratungs- und Unterstützungssystem, das auf der Ebene der Regionen, d. h. der Kreise oder kreisfreien Städte, angesiedelt sein soll. Über den Einsatz der Ressourcen aus den regionalen Budgets soll eine regionale Steuergruppe entscheiden, die sich aus Vertreter*innen der Schulaufsicht, der regionalen Schulträger sowie der Schulen in der Region zusammensetzt. Schulverwaltung und Schulaufsicht wollen wir in diesem Sinne reformieren.

Wir wollen die durch die Grundgesetzänderung ermöglichte Kooperation zwischen Bund und Ländern nutzen, um künftig Investitionsprogramme etwa für Sanierung und Neubau an besonders herausfordernden Standorten auf den Weg zu bringen. Die Gelder sollen nach Sozialindex verteilt werden. Das Landesprogramm *Gute Schule 2020* soll nach diesen Kriterien fortgeführt werden.

Wir wollen bessere Übergänge zwischen den Bildungsphasen

Erfolgreiche Bildungswege brauchen gute Übergänge. Nach wie vor sind viele Bildungsbiografien von unfreiwilligen Brüchen gekennzeichnet. Diese Brüche sind für die Betroffenen anstrengend und bremsen Menschen in der Entfaltung ihrer Potenziale. Diese Brüche in den Blick zu nehmen und sie zu reduzieren, fordert eine gemeinsame Kraftanstrengung auf allen staatlichen Ebenen. Das fängt bei den KiTas an. Mit einem koordinierten Übergangmanagement zwischen Kita und Grundschule und einer engen Kooperation wollen wir den Übergang an der „ersten Schwelle“ im Bildungssystem für Kinder positiv gestalten und die spezifischen Bildungsansätze der jeweiligen Einrichtungen verzahnen. Der Übergang von einer Institution in die andere kann in dieser Entwicklungsstufe der Kinder einen gefühlten Sicherheitsverlust bedeuten. Hier kann eine stärkere personelle Kontinuität helfen. Wir schlagen daher vor, dass Grundschulen und Kitas auch personell verstärkt kooperieren. Hier können Familienzentren eine zentrale Rolle spielen.

Auch zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen entstehen oft soziale Brüche. Kinder müssen sich an ein neues Umfeld gewöhnen. Grundsätzlich möchten wir Kindern so wenig Schulwechsel wie nötig und so spät wie möglich zumuten. Daher unterstützen wir die Gründung von „Primusschulen“, die gemeinsames Lernen von der ersten Klasse bis mindestens zum ersten Abschluss ermöglichen. Wir schlagen vor, diese Denkweise auch durch Kooperationen zwischen Grund- und weiterführenden Schulen umsetzen. Ein garantierter Schulplatz an einer vorab bekannten weiterführenden Schule kann Grundschulkindern einen Übergang in eine neue Bildungsphase ermöglichen, der nicht mit dem Verlust der sozialen Bezugsgruppe verbunden ist.

Hochschulen und Ausbildungsbetriebe wollen wir stärker an die Schulen bringen – und umgekehrt. Durch eine verstärkte Kooperation zwischen Hochschulen und Schulen in der Abschluss- und Übergangsphase können stressfreie und passgenaue Wechsel in die universitäre Phase gelingen. Menschen und ihre Interessen ändern sich. Auch mit dem bestem Übergangmanagement lässt sich nicht verhindern, dass sie sich eines Tages auf einem Bildungspfad befinden, der nicht zu ihnen passt. Ein Wechsel auf einen neuen Bildungsweg ist kein Scheitern. Wir brauchen eine neue Kultur für diese Wechsel. Wir wollen dafür sorgen, dass Menschen gestärkt aus diesen Wechseln hervorgehen können und daher mehr Brücken für Studienzweifler*innen schaffen. Dabei sehen wir Kammern, Unternehmen und die Arbeitsagentur als Partner.

Wir schlagen den Kommunen vor, feste Zuständigkeiten in der Kommunalverwaltung für das Übergangmanagement in allen Bildungsbereichen einzuführen, die diese beschriebenen

Übergänge evaluieren und nachsteuern. Denn auch hier ist klar: Unterschiedliche Gegebenheiten bedürfen unterschiedlicher Lösungen.

Wir wollen eine starke berufliche Bildung

Das Berufskolleg ist mit einem Anteil von zwei Dritteln aller Schüler*innen die stärkste Institution der Sekundarstufe II, in der bildungspolitischen Diskussion aber unterrepräsentiert. Auch bei den Berufskollegs zielen wir darauf hin, dass die Schüler*innen ihr individuelles Potenzial entfalten, ihr Leben in Würde und den Lebens- und Berufsweg selbstbestimmt gestalten und ohne Benachteiligungen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das Berufskolleg vermittelt umfassende fachliche, berufliche, soziale und personale Handlungskompetenz und bereitet außerdem auf ein lebensbegleitendes Lernen vor. Aufgrund seiner komplexen Struktur und der Anforderungen u.a. an die Kooperation mit den Partnern in der dualen Ausbildung, stellt das Berufskolleg ein ganz eigenes System dar und steht vor besonderen Herausforderungen und Chancen.

Berufskollegs als Chancenwerke

Das Berufskolleg ermöglicht berufsbezogene wie allgemein-bildende Abschlüsse und wird damit im Bildungssystem zu einem zentralen Anlaufpunkt verschiedenster Gruppen. Die Berufskollegs sind ein Bildungsort, an dem sich die gesamte Leistungsbandbreite von Schüler*innen wiederfindet. Es bietet damit vielfältige Wege und Chancen in Fragen von sozialer Gerechtigkeit und Bildungschancen. Aus den Erfahrungen der Integrationsarbeit mit Geflüchteten mit unterschiedlichen Ausgangslagen, Bildungsbenachteiligungen und Förderbedarfen sowie Jugendlichen, die aus unterschiedlichen Gründen bislang keinen Zugang zu Ausbildung gefunden haben, wollen wir mit den Verbänden die bisherigen Regelungen zur Ausbildungsvorbereitung weiterentwickeln und prüfen, an welchen Stellen in den Bildungsgängen am Berufskolleg ggf. ungewollte Schleifen entstanden sind. Wir wollen die Kompetenzen der Berufskollegs stärker nutzen und ausbauen und sie zu Orten innerhalb einer neuen beruflichen Weiterbildungsstruktur machen. Ein Ansatzpunkt stellen dabei die Lernwerkstätten 4.0 dar. Sie entstehen in Zusammenarbeit mit den Akteur*innen im regionalen Wirtschaftsraum, mit Handwerk, Unternehmen, Gewerkschaften Kommunen und Wirtschaftsförderung. Wir schlagen vor, Lernwerkstätten verstärkt an den Berufskollegs anzusiedeln und diese damit auch (auch im ländlich strukturierten Raum) als regionale Kompetenzzentren zu stärken.

Das Recht auf Weiterbildung wollen wir auch im beruflichen Sektor fest verankern. Wir wollen den Bund in die Pflicht nehmen, die für die notwendigen Finanzen für die Entwicklung einer

Weiterbildungsstruktur in öffentlicher Verantwortung verbindlich zur Verfügung zu stellen – wie auch zum Thema Weiterbildung ausgeführt.

Selbstbestimmte Berufskollegs

Ähnlich wie bei der selbstbestimmten Schule, wollen wir auch den Berufskollegs (BK) mehr Eigenverantwortung geben. Die Berufskollegs sollten mit einem eigenverantwortlich von der Schulleitung zu nutzenden Personalmittelbudget ausgestattet werden, das Einstellungen bei Bedarf und sich kurzfristig ergebendem Personalangebot flexibel möglich macht. Diese Optionen der Selbstorganisation führen allerdings zu einem höheren Organisationsaufwand an den Schulen. Daher wollen wir gerade auch an Berufskollegs den Schulleitungen Schulleitungsassistenzen und eine kaufmännische Leitung zur Verfügung stellen, um in den komplexen Organisations-, Verwaltungs- und Kooperationsfragen Entlastung und Unterstützung zu bieten.

Diese Flexibilisierung der Personalsteuerung ist eine Grundvoraussetzung dafür, dem aktuellen Lehrkräftemangel an den Berufskollegs zu begegnen. Es braucht aber weitere Anstrengungen. Wir wollen die grundständige Lehramtsausbildung für das BK stärken und weitere Zugänge attraktiv machen. Wir schlagen vor, durch die Möglichkeit von Aufstiegsqualifizierungen mehr Menschen für die Arbeit am BK zu gewinnen. Berufsbegleitende Qualifizierungen von Seiteneinsteiger*innen sollten (wie auch bei anderen Schulformen) mit mehr Entlastungsstunden ausgestattet werden. Wir schließen uns auch der Forderung der Berufskollegverbände zur konsequenten Einführung eines „Aufbaumasters“ an. Eine Anerkennung von Bachelorabschlüssen mit BK-relevanten Fachinhalten sollte mit einem bildungswissenschaftlichen und didaktisch orientierten Master zum BK-Lehramt führen können. Auch Werkstatt- und Fachlehrkräfte könnten in Anerkennung der notwendigen beruflichen Expertise auf entsprechendem Niveau für Aufstiegsqualifikationen gewonnen werden. Entsprechend ihrer Qualifikationen und tatsächlich wahrgenommenen Aufgaben sollte auch Technischen Lehrkräften die Höherqualifizierung geöffnet werden, um ein umfangreiches Unterrichtsangebot sichern zu können.

Berufskollegs im ländlichen Raum

In einem Flächenland wie NRW steht die berufliche Bildung gerade in den ländlich strukturierten Räumen vor erheblichen Transformationsprozessen – nicht nur in Fragen der Mobilität angesichts eines unzureichenden ÖPNV. Wir wollen daher die berufliche Grundbildung in der Fläche stärken und eine Flexibilisierung und Ressourcenunterstützung bei der Bildung von Fachklassen in der Koordination und Abstimmung der Ausbildungschancen im regionalen Wirtschaftsraum auf den Weg bringen. Aber auch die

Digitalisierung bietet Möglichkeiten, diesem Problem zu begegnen. Blended Learning (Computergestütztes Lernen) und weitere innovative Formate des Lernens mit Unterstützung digitaler Medien wollen wir in einen Entwicklungsprozess einbinden, von dem das berufliche Bildungsangebot insgesamt profitieren kann. Wir wollen das Landesportal *Berufsbildung.NRW* in diesem Sinn ausbauen. Außerdem wollen wir die Entwicklung einer kommunalen bzw. regionalen Berufskollegentwicklungsplanung und Kooperation vorantreiben, damit in Verbindung mit einer qualitativ hochwertigen beruflichen Grundbildung im Ausbildungsverlauf die notwendige fachliche Vertiefung auf regionaler Ebene gewährleistet ist. Durch Kooperation können im BK-Verbund an den jeweiligen Standorten in den fachlichen Schwerpunkten dem technologischen Fortschritt entsprechende Ausstattungen vorgehalten werden.

Wir wollen bessere, kontinuierliche und professionelle Aus- und Fortbildung von Lehrer*innen

Pädagogische und fachliche Kompetenzen sind die Grundlagen dafür, dass Lehrkräfte Unterricht zielführend konzipieren, der fachwissenschaftlich abgesichert und langfristig angelegt ist und das Entwicklungspotenzial und das Entwicklungsniveau der Schüler*innen berücksichtigt. Darüber hinaus sind Lehrer*innen Erziehungspersonen, die in erheblichem Maße Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen nehmen können. Der verantwortliche Umgang mit Heranwachsenden erfordert ein Berufsethos, das Wertmaßstäbe für die Ausprägung einer entsprechenden pädagogischen Haltung beinhaltet. Da diese jedoch niemals statisch sind müssen die Lehrkräfte ein Verständnis von beruflichen Anforderungen, Handlungen und Funktionszusammenhängen entwickeln, das eigene berufliche Handeln evaluieren und durch Fortbildung für den Anschluss an wissenschaftliche Erkenntnisfortschritte sorgen. Anknüpfend an das Lehramtsstudium und das Referendariat betrifft die Lehrerfortbildung in Deutschland die dritte und längste Phase der Professionalisierung und ist somit besonders relevant für Lernprozesse von Lehrkräften im Beruf.

Wir wollen deshalb, dass sich Lehrer*innen verpflichtend kontinuierlich und professionell fortbilden. Das System Schule muss es schaffen, bei den Lehrer*innen einen Eigenanspruch zu generieren, guten, sich immer wandelnden Unterricht gestalten zu wollen. Die Infrastruktur der Lehrerfortbildung muss so angelegt sein, dass sie diesen Eigenantrieb bestmöglich unterstützt.

Aus doppelter Notwendigkeit heraus wollen wir, dass der Transfer in die Praxis grundlegender Bestandteil der Planungen von Fortbildungsangeboten sein muss: Lehrer*innen müssen die Relevanz der Fortbildung für ihren beruflichen Alltag erkennen können, um sie zu akzeptieren. Und nur aus dieser Akzeptanz kann auch ein Leitbild der eigenen professionellen Persönlichkeitsentwicklung entstehen.

Dafür brauchen wir eine Verknüpfung zwischen Aus- und Fortbildung. Wir wollen schon im Referendariat und dann nach der Ausbildung feste Zeitfenster für Fortbildung etablieren. Es ist selbstverständlich, dass die Aus- und Fortbildenden auf aktuellem Stand der Schul- und Unterrichtsentwicklung sein müssen. Entsprechend benötigen auch die Zentren für Lehrerbildung entsprechende Leitbilder und Möglichkeiten.

Wir wollen Schulen dabei unterstützen, Fortbildungskonzepte zu erstellen, die allen Kolleg*innen Freiräume für Fortbildung schaffen. Dabei ist es uns wichtig, auch gemeinsames Lernen und gegenseitiges Fortbilden innerhalb der Kollegien und in regionalen Schulnetzwerken zu stärken. Fortbildung sollte kontinuierlich in Lerngemeinschaften erfolgen können und nicht punktuell in Top-Down-Angeboten realisiert werden.

Derzeit herrscht ein Wildwuchs an Angeboten. Anbieter, Formate, Dauer und Umsetzung variieren sehr stark und sind oft zufällig statt an einem roten Faden orientiert. Wir wollen eine zentrale Steuerung der Angebote sicherstellen, etwa durch das QUA-LiS.

Nicht zuletzt kann die Digitalisierung ein große Chance sein: Wenn gute Webinare gleichwertig anerkannt werden, dann eröffnen sich auch gerade für junge Teilzeitkräfte neue Chancen, Fortbildungen wahrzunehmen. Die traditionelle Fortbildung ist vor allem abhängig von Zeit und Ort, was oft problematisch ist. Wir wollen deshalb verstärkt virtuelle Lernräume erschaffen.

Wir sehen großen Reformbedarf in der Lehramtsausbildung. Wir schlagen deshalb vor, dass in einem weiteren Diskussionsprozess die zukünftige Struktur der Lehramtsausbildung, die Ausrichtung von Lehrämtern und die Qualifizierung von Seiteneinsteiger*innen diskutiert wird und Vorschläge für eine grundlegende Reform erarbeitet werden.

Wir wollen innovative und starke Hochschulen

Hochschulen sind zentrale Akteure bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels. Wir stehen für freie Hochschulen in gesellschaftlicher Verantwortung, die durch das Land ausreichend und transparent finanziert sein müssen. Auch die Hochschulen stehen vor einem Transformationsprozess. Auch hier kann er nicht einfach „von oben“ verordnet werden. Damit

er auch in der Hochschule gelingt, müssen wir allen Beteiligten mehr Selbstbestimmung und Verantwortung in der Gestaltung der Hochschule geben.

Studierende mehr in den Blick nehmen

Für uns stehen die Studierenden als mündige und selbstbestimmte Akteure*innen im Mittelpunkt der Hochschulpolitik. Wir wollen ihnen bestmögliche Bedingungen bieten, damit sie ihr Studium frei, selbstbestimmt und erfolgreich durchführen können. Wir wollen, dass sich die Lehre an den Hochschulen in Struktur und Didaktik an den Lernenden orientiert. Wir schlagen vor, ein Recht auf gute Lehre auch gesetzlich zu verankern. Eine gute Lehre drückt sich in unseren Augen in einer guten Verzahnung von Forschung und Lehre aus. Gerade bei der Anwendung von neuen technischen und didaktischen Konzepten sehen wir an vielen Stellen Nachholbedarf. Auch drückt sich eine gute Lehre in der Einbindung des Fachlichen, in einer Allround-Ausbildung, die später das Arbeiten in unterschiedlichen Jobs ermöglicht und in der Vermittlung von Verantwortung aus. Hier möchten wir Leitlinien einführen, die in den Prüfungsordnungen neben der Vermittlung des Fachwissens, auch zu weiteren Kompetenzen wie etwa den sogenannten Softskills verpflichten.

Wir vertrauen darauf, dass die Studierenden selbst entscheiden können, wie sie zu ihrem akademischen Ziel kommen und sehen die Entwicklung von Eigenständigkeit als Teil der akademischen Ausbildung an. Daher schlagen wir vor, das Studium selbstbestimmter zu gestalten: Studierende sollen soweit wie möglich entscheiden können, wann und welche Lehrveranstaltungen sie besuchen. Dafür werden flexibel gestaltete Studiengangsmodelle benötigt, die passgenau die Vielfalt der Studierenden (Engagement, Pflege, Behinderung etc.) mitdenken. Um einen guten Start in das Studium zu gewährleisten, möchten wir, dass die Studieneingangsphase stärker in den Blick genommen wird, d. h. die Enkulturation gestärkt wird.

Hochschulen müssen offen für alle gesellschaftlichen Gruppen sein, frei von Diskriminierung. Vielfalt bereichert nicht nur unsere gesamte Gesellschaft, sondern sie sorgt auch in Forschung und Lehre für wichtige Impulse und neue Perspektiven. Die Hochschulen müssen sich deshalb weiter öffnen und insbesondere die Chancen von Menschen jeden Geschlechts, von Menschen mit Familienverantwortung, Menschen aus bildungsfernen Familien oder mit Migrationshintergrund, Menschen mit einer Behinderung oder chronischen Erkrankung erhöhen, ein erfolgreiches Studium abzuschließen. Studierende haben unterschiedliche Lebensrealitäten, sind unterschiedlichen Diskriminierungen ausgesetzt und haben unterschiedliche Bedürfnisse. Deshalb brauchen wir mehr Angebote für individuelle Förderung von Studierenden. Das gilt auch in Bezug auf den Ausbau von diversitygerechten Strukturen wie der Festigung von Beratungsstellen, einem dauerhaftem Angebot von

Kinderbetreuung oder auch dem Bereitstellen von Hilfsmitteln für Studierende mit Behinderung und Rückzugsmöglichkeiten.

Studierende benötigen eine Studienfinanzierung, die den Lebensunterhalt – und insbesondere die Wohnkosten – tatsächlich und über das gesamte Studium in allen Lebenslagen abdeckt und die nicht auf der anderen Seite von Studiengebühren konterkariert wird. Viele Studieninteressierte sind auf eine finanzielle Unterstützung zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts und sonstiger Studienkosten angewiesen. Studierende dürfen aber nicht vom Geldbeutel der Eltern oder einer Nebenerwerbstätigkeit in hohem Umfang abhängig sein. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz ist hier unzureichend ausgestaltet. Der Bund muss daher das BAföG weiterentwickeln, mit dem Ziel zu einer deutlich höheren, weniger bürokratischen, das Teilzeitstudium ermöglichenden, bologna- und familiengerechten Studienfinanzierungshilfe zu gelangen. Die Wohnkostenpauschale muss dabei flexibel sein. Mittelfristig sollte das BAföG zu einem Zwei-Säulen-Modell weiterentwickelt werden, das aus einem allgemeinen und einem individuell bedarfsangemessenen Zuschuss besteht. Diese Leistungen sollten elternunabhängig sein und nicht zurückgezahlt werden müssen.

Demokratische und selbstbestimmte Hochschulen

Wir wollen die Selbstbestimmtheit und Selbstverantwortung von Hochschulen fördern, weil wir davon überzeugt sind, dass sie ihre Freiheiten in Verantwortung gut wahrnehmen. Wie auch bei der selbstbestimmten Schule muss diese Selbstbestimmung mit einem demokratischen Aushandlungsprozess zwischen Lehrenden und Lernenden einhergehen. Die demokratische und die selbstbestimmte Hochschule sind zwei Seiten einer Medaille. Die Ausgestaltung von Prüfungsordnungen sollte beispielsweise im Rahmen demokratischer Verfahren unter gleicher Beteiligung aller Statusgruppen erfolgen, damit es aus der Sicht aller ein gutes Studium wird. Aber das demokratische Aushandeln muss weiter gedacht werden: Wir wollen selbstbestimmte Hochschulen, an denen sich Studierende an der Gestaltung des Hochschullebens, der Rahmenbedingungen von Lehre und auch deren Weiterentwicklung beteiligen können. Auch grundsätzlichere und hochschulweite Diskussionen und Entscheidungen haben wesentliche Auswirkungen auf Studium und Lehre. Daher müssen alle Statusgruppen gleichwertig an den Hochschulen auf allen Ebenen beteiligt werden. Natürlich gibt es rechtlich geschützte Kernbereiche, wo eine Professorenmehrheit gelten muss, aber in vielen anderen Bereichen müssen Aushandlungsprozesse unter allen Gruppen stattfinden. Daher sollte die Gruppenparität im Senat oder eine starke studentische Präsenz in anderen Gremien der Hochschulen der Normalfall sein. Nur durch ein besseres Miteinander von Lehrenden und Studierenden kommen wir zu einer Lehre, die sich am Erkenntnisgewinn orientiert, statt an bestehenden Strukturen.

Gute Arbeitsbedingungen sind ebenso Voraussetzungen für Selbstbestimmung und kreative Ideen bei der Mitgestaltung der Hochschule, als auch für eine gute Lehre. Wir halten gute Arbeitsbedingungen daher nicht für unnötige Bürokratie, sondern für ein Recht aller Hochschulbeschäftigten. Allen Hochschullehrer*innen, wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen, Mitarbeiter*innen in Technik und Verwaltung sowie Hilfskräften müssen gute Arbeitsbedingungen geboten werden. Nur wenn die Interessen und Rechte aller geschützt und prekäre Beschäftigungsverhältnisse beendet werden, wird der „Beruf Wissenschaft“ attraktiv und kann der Transformationsprozess gelingen.

Gesellschaftliche Verantwortung

Wie beschrieben, gehört für uns zum Gelingen des Transformationsprozesses nicht nur Selbstbestimmung, sondern auch Verantwortung. Wir stehen für Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit, die ihr Fundament in gesellschaftlicher Verantwortung haben. Dazu gehört, dass Hochschulen Beiträge zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt leisten. Dazu gehört auch ein intensiverer und ständiger Austausch mit der Zivilgesellschaft und – in einem gewissen Rahmen – auch mit der Wirtschaft. Diese Gedanken von Freiheit, Verantwortung und Austausch stehen in direkter Wechselwirkung mit und haben auch Auswirkungen auf die Lehre an Hochschulen.

Digitale Hochschulen

Das, was für die Schulen im Bereich der Digitalisierung gilt, gilt ebenso auch für die Hochschulen. Die umfassende und systematische Nutzung digitaler Technik als Lern- und Arbeitswerkzeug ist Grundlage und Selbstverständlichkeit. Bei vielen Hochschulen sehen wir dabei noch Potenzial. Zwar gehören digitale Semesterapparate in der Lehre heute zum Standard, aber E-Learning- und Blended-Learning-Modelle finden nur langsam Verbreitung. Auch die Verwaltungsstrukturen können mit den Techniken der Digitalisierung vereinfacht werden.

Hochschulfinanzierung

Hochschulen können nur dann gute Ergebnisse in Lehre und Forschung bringen, wenn bei der Hochschulfinanzierung ausreichend Grundmittel zur Verfügung stehen. Aus unserer Sicht müssen die Hochschulen noch besser finanziert werden, um eine Lehre und Forschung auf hohem Niveau an allen Hochschulen zu ermöglichen. Wir wollen die Abhängigkeit der Hochschulen von Dritt- und Programmmitteln beenden, weil sie ein permanenter Unruheherd im Wissenschaftsbetrieb ist. Wenn es um die Hochschulfinanzierung geht, wird oft die Wiedereinführung der Studiengebühren diskutiert. Die Rot-Grüne Landesregierung hat die

Studiengebühren abgeschafft, weil sie unsozial und diskriminierend sind. Dabei sollte es auch aus unserer Sicht bleiben. Stattdessen sollten die bestehenden Qualitätsverbesserungsmittel für die Hochschulen entsprechend den Studierendenzahlen dynamisiert und vorwiegend für die Verbesserung des Betreuungsverhältnisses zwischen Professuren und Studierenden verwendet werden.

Sowohl innerhalb als auch zwischen den Hochschultypen bestehen unterschiedliche Ausgangslagen der Finanzierung, die meist nur Zeichen ihrer Zeit sind und keinen sachlichen Grund haben. Bei der Hochschulfinanzierung benötigen wir mehr Fairness und Transparenz. Dazu gilt es, ein neues Finanzierungssystem für die Hochschulen nach klaren und vergleichbaren Indikatoren zu etablieren. Darüber hinaus soll der Anteil von Programmmitteln reduziert und im Gegenzug das Budget für die Grundfinanzierung deutlich erhöht werden. Die Hochschulfinanzierung sollte aus unserer Sicht aber verstärkt als gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern gesehen werden, denn an vielen Stellen kann die Umsetzung der Ideen für eine Hochschulausbildung auf dem Stand der Zeit nur mit zusätzlicher Unterstützung des Landes und des Bundes erfolgen.

Wir wollen die Weiterbildung als vierte gleichberechtigte Säule des Bildungssystems ausbauen und stärken

Weiterbildung ist Daseinsvorsorge. Das lebensbegleitende Lernen ist die Grundlage dafür, die individuellen Potenziale nach Abschluss der Schule, der Ausbildung oder des Studiums weiter zu entfalten und zu entwickeln, Selbstwirksamkeit zu erfahren und umfängliche gesellschaftliche Teilhabe zu verwirklichen. Empowerment und selbstbestimmte Qualifizierung unterstützen die Beteiligung im demokratischen Gemeinwesen. Gerade die gemeinwohlorientierte (öffentlich finanzierte, nicht gewinnorientierte) Weiterbildung dabei leistet einen unverzichtbaren Beitrag, Bildungszugänge für Bildungsbenachteiligte und Menschen, die das Bildungswesen nicht bzw. bislang nicht wirksam erreichen konnten, neu zu erschließen. Volkshochschulen, Familienbildungsstätten, Bildungswerke von Gewerkschaften, Kirchen, die Freie Wohlfahrtspflege und weiteren freie Träger der politischen Bildung wirken vielfältig im Sinne dieses Leitbildes. Weiterbildung ist für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und das demokratische Gemeinwesen ebenso ein unverzichtbarer Faktor wie für die volkswirtschaftliche Entwicklung, denn, wie beschrieben, wird die Digitalisierung nicht zu einer einmaligen, sondern zur permanenten Disruption führen. Diese Veränderung zerstört endgültig die Fiktion einer einmaligen Bildung, die für das gesamte berufliche Leben ausreicht. Weiterbildung wird damit zum Kernelement eines selbstbestimmten Arbeitslebens und zur Versicherung dafür, dass Menschen trotz der permanent stattfindenden

Transformationsprozesse nicht abgehängt werden. Durch den demographischen Wandel wird die Notwendigkeit noch verstärkt.

NRW bietet im Bundesländervergleich eine ausgeprägte und starke Weiterbildungslandschaft. Gerade die Weiterbildung als kommunale Pflichtaufgabe muss aber dringend ausgebaut und gestärkt werden. Zu Recht fordern die Volkshochschulen (VHS) eine lückenlose Sprachförderkette, flächendeckende Angebote für Grundbildung und Alphabetisierung sowie ein besonderes Augenmerk auf das Nachholen von Schulabschlüssen. Wer den Abbau von Bildungshindernissen und gesellschaftliche Integration und Teilhabe vorantreiben will, muss Menschen ungeachtet von Herkunft und Aufenthaltsstatus das Recht auf Weiterbildung gewähren. Wir wollen, dass der Zweite Bildungsweg als Pflichtaufgabe gleichgestellt wird. Gerade im Bereich der Grundbildung, der Beratung zu Bildungswegen sowie der Vernetzung mit anderen Systemen sind die Aufgaben der gemeinwohlorientierten Weiterbildner*innen deutlich gewachsen und sie haben Enormes geleistet. Sie haben 2015 und in den Folgejahren die zunehmende Anforderung an Bildungsmaßnahmen für Geflüchtete und neu Zugewanderte in NRW maßgeblich mitgetragen und aufgefangen und tragen im Wesentlichen die Sprach- und Integrationskurse.

Weiterbildung für alle möglich machen

Wir wollen, dass die Weiterbildung inklusiv gestaltet wird und allen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Handikap oder Aufenthaltsstatus, zugänglich ist. Begleitende, niedrigschwellige Kinderbetreuung muss verlässlich gefördert werden, um beiden Elternteilen die Teilnahme zu ermöglichen.

Weiterbildung ist ohne politische Bildung nicht denkbar

Wir wollen dass die politische Bildung als Angebot zur Demokratiebildung unabhängig gefördert wird. Die Vermittlung der demokratischen Prinzipien, das Verständnis des Grundgesetzes und der Menschenrechte, das Verstehen des Staates und eines komplexen politischen Systems, gehören zum Grundbestand einer informierten, lebendigen und weltoffenen Demokratie. Toleranz und Kritikfähigkeit, sowie die Befähigung zu aktiver Partizipation am politischen Geschehen des eigenen Landes und die Vermittlung von Pluralitätskompetenz gehören zu den Zielen. Die politische Bildung fördert die integrativen Kräfte, die zu Pluralität und Meinungsvielfalt in einer offenen und lebendigen Zivilgesellschaft führen und damit auch den Zusammenhalt im demokratischen Gemeinwesen.

Wir wollen die Weiterbildung solidarisch finanzieren

So sehr immer wieder gerne die Bedeutung der Weiterbildung insgesamt hervorgehoben und betont wird, so sehr ist sie doch immer noch von strukturellen Defiziten und einer nicht ausreichenden Finanzierung geprägt, die sich gerade im Bereich des pädagogischen Personals bemerkbar macht. Die Verdienstmöglichkeiten, die Stundensätze und die soziale Absicherung sind unzureichend. Eine Verbesserung dieser prekären Arbeitsverhältnisse trägt zur Sicherung der Professionalität und der Qualität der Arbeit der Weiterbildung bei.

Die Frage der mangelnden Ressourcen begleitet nicht nur das Personal im Weiterbildungsbereich, sondern auch andere Felder der Arbeit. Die Kontinuität, Nachhaltigkeit und Förderfähigkeit neuer Angebote muss durch gesetzliche, sichere Förderung endlich garantiert werden. Wir wollen, dass sich der Bund seiner größeren Finanzierungsverantwortung sowohl für die gemeinwohlorientierte wie auch für die berufliche Weiterbildung stellt und gemeinsam mit Ländern und Kommunen die 4. Säule im Bildungssystem in Qualität und Quantität gleichwertig ausbaut und stärkt. Wir benötigen daher eine bundeseinheitliche Gesetzgebung und entsprechende Finanzierung.

Wir wollen eine Fördersystematik etablieren, die innovative, niedrighschwellige Angebotsformen ermöglicht. Wir schlagen deshalb eine verlässliche Sockelfinanzierung verbunden mit einer Abkehr von der aktuell dominierenden „Projektitis“ vor. Über sozialraumorientierte Konzepte kann der Blick mehr auf bildungsbenachteiligte Zielgruppen gerichtet werden, um neue Wege der Partizipation und zur Selbsthilfe zu erproben. Wir wollen eine systematische sozialpädagogische Begleitung der Projekte etablieren, um den Erfolg dieses zweiten Bildungsweges zu unterstützen.

Wir wollen zudem mehr öffentliche Verantwortung und einen klar definierten öffentlichen Bildungsauftrag auch im Bereich der beruflichen Bildung. Er muss sich über die gesamte Erwerbsbiografie erstrecken. Im Bereich der beruflichen Weiterbildung zeigt sich seit Jahren, dass der Markt als alleiniger Regulierungsmechanismus nicht ausreicht.

Wir wollen in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung unter Beteiligung der Sozialpartner und in enger Abstimmung mit dem Bund und den Akteurinnen und Akteuren der Weiterbildung eine berufliche Weiterbildungsinfrastruktur entwickeln – die Partner im Ausbildungskonsens geben dafür ein Beispiel. Es geht um arbeitsplatznahe und praxisorientierte Lernprozesse, die nicht nur den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit im Blick haben, sondern ebenso die Ausschöpfung der individuellen Entwicklungspotenziale mit dem Ziel der Höherqualifizierung berücksichtigen. Wir wollen die Vernetzung von Weiterbildung mit anderen Bildungssektoren, insbesondere mit dem System der beruflichen Erstausbildung,

verbessern und die Arbeit der regionalen Bildungsnetzwerke entsprechend verbindlich entwickeln.